

## PRÄ1 Vorschlag Präsidium

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 13.09.2022  
Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

### Antragstext

1 Für den Parteitag wird folgendes Präsidium vorgeschlagen:

- 2 • Denise Loop (KV Dithmarschen)
- 3 • Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland)
- 4 • Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel)
- 5 • Nina Schneider (KV Kiel)
- 6 • Ines Strehlau (KV Pinneberg)

7 -----

- 8 • Jörn Pohl (KV Kiel)
- 9 • Benjamin Stukenberg (KV Stormarn)
- 10 • Jens Herrndorff (KV Pinneberg)
- 11 • Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde)

12 Protokollant\*innen: Rahel Bähr, KV Kiel, LGSt, Maren Utesch, KV Kiel

### Unterstützer\*innen

Gazi Freitag (KV Kiel); Hauke Bruhns (KV Kiel)

## TO1NEU Tagesordnung und Verfahrensvorschlag

Antragsteller\*innen:

Tagesordnungspunkt: 1. Formalia

### Antragstext

- 1 Die Tagesordnung sowie Verfahrensvorschlag entnehmt bitte dem PDF.

## A1 Solidarische Wege aus der Gasnotlage: Die Finanzierung der Wärmewende muss Priorität haben

Gremium: LAG Energie

Beschlussdatum: 17.08.2022

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### Antragstext

- 1 Wir leben in einer Zeit mehrfacher Krisen. Diese Krisen müssen zusammen gedacht,  
2 statt gegeneinander ausgespielt werden. Die Klimakrise wirkt dabei als  
3 Brandbeschleuniger: keine der aktuellen Krise werden wir lösen können, wenn die  
4 Klimakrise weiter eskaliert.
- 5 Das gilt auch in der aktuellen Gasnotlage. Deshalb haben wir im  
6 Koalitionsvertrag einen Fonds vereinbart: für die Wärmewende weg von Öl und Gas,  
7 hin zu Wärmepumpen, Solarthermie, Wärmenetzen und der konsequenten energetischen  
8 Sanierung aller Gebäude.
- 9 Als Zielmarke für diesen Fonds gilt die Ausstattung mit mindestens 500 Millionen  
10 Euro (das sind einmalig ca. 3% eines Jahresetats des Landes). Aufgrund der  
11 bestehenden Gasnotlage, die der verbrecherische Angriffskrieg Putins gegen die  
12 Ukraine ausgelöst hat, müssen die entscheidenden Investitionen im Wärmebereich  
13 möglichst frühzeitig und im jeden Fall in den Jahren 2022-2024 getätigt werden.
- 14 Es ist deshalb entscheidend, dass der Wärmewendefonds unverzüglich mit den  
15 nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Die angespannte Haushaltslage  
16 darf unsere schwarz-grüne Regierungskoalition daran nicht hindern.
- 17 Wird dies versäumt, drohen riesige Fehlinvestitionen und volkswirtschaftliche  
18 Ineffizienzen. Einerseits können die Investitionen in die Wärmewende dann keinen  
19 direkten Beitrag zur Lösung der Gaskrisen 2022 und 2023 leisten. Investitionen  
20 in die Wärmeinfrastruktur erfolgen jetzt. Auch unsere politische Steuerung muss  
21 jetzt greifen. Ansonsten werden Investitionen in ungeeignete Technologien  
22 erfolgen. Neue Investitionszyklen stehen in der Regel erst 15-20 Jahre später  
23 an. Wir können es uns nicht leisten, diesen Investitionszyklus zu verschlafen.
- 24 Zusätzlich zur Finanzierung braucht es flankierende Maßnahmen für die  
25 Wärmewende. So muss etwa der Ankauf von Wärmepumpen und anderem Material in  
26 gleicher Weise strategische Bedeutung auch auf der politischen Ebene bekommen,  
27 wie der Ankauf von LNG, der sich abgesehen von der aktuellen, akuten Gasnotlage  
28 aufgrund der großen Klimaschäden verbietet und nur übergangsweise erfolgen darf.  
29 Darüber hinaus braucht es eine entschiedene Fachkräfteoffensive, die auch die  
30 kurzfristige Fortbildung und Umschulung von Handwerker\*innen und die  
31 Mobilisierung von Hilfskräften beinhaltet.

### Begründung

erfolgt mündlich

## Unterstützer\*innen

Angela Poling (KV Stormarn); Anna Leidreiter (KV Segeberg); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Rainer Santelmann (KV Ostholstein); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Fabian Faller (KV Kiel); Ulrike Täck (KV Segeberg); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Meike Lüdemann (KV Segeberg); Luca Brunsch (KV Kiel); Nelly Waldeck (KV Kiel); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Marie Mosch (KV Lübeck); Nadine Mai (KV Pinneberg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Jakob Kohnke (KV Nordfriesland)

## A3 NEU Jetzt erst recht: ÖPNV Pauschaltickets fortführen

Antragsteller\*in: Nelly Waldeck, Nadine Mai, Steffen Regis

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Soziale Teilhabe und Klimaschutz müssen insbesondere in diesen Zeiten Hand in  
3 Hand gehen. Das 9-Euro-Ticket ist dafür ein voller Erfolg! Dieses Pauschalticket  
4 hat grundsätzlich das Potenzial, die Mobilitätswende entscheidend  
5 voranzubringen, da der ÖPNV für mehr Menschen finanziell zugänglich ist. Sofern  
6 ein solches Ticket als verlässliches Angebot dauerhaft etabliert ist, kann es  
7 Menschen überzeugen, langfristig auf ein eigenes Auto zu verzichten. Es leistet  
8 damit einen relevanten Beitrag zur Mobilitätswende und kann besonders im  
9 Verkehrssektor, der noch immer weit vom Einhalten der Klimaziele entfernt ist,  
10 notwendige Fortschritte beim Klimaschutz bringen. Aber das 9-Euro-Ticket macht  
11 nicht nur Bus & Bahn attraktiver, sondern ermöglicht es mehr Menschen, am  
12 gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

13 Angesichts der zu erwartenden deutlichen Energiepreissteigerungen und der damit  
14 zunehmend prekären Lage vor allem für Menschen mit geringem Einkommen, ist ein  
15 solches Angebot als Entlastungsmaßnahme wichtiger denn je. Die dämpfende Wirkung  
16 des Tickets auf die Inflation lässt eine Fortführung auch aus  
17 volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll erscheinen. Die Auswertungen des 9€ Tickets  
18 zeigen eine erste Verlagerung der Verkehre vom PKW auf öffentlichen Verkehr.  
19 Doch erst mit einer längerfristig angelegten Tarifpolitik lässt sich  
20 feststellen, ob Menschen bereit sind, bei günstigem ÖPNV das Auto stehen zu  
21 lassen.

22 Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, eine geeignete Nachfolge für das  
23 erfolgreiche 9-Euro-Ticket in geeigneter Form zu entwickeln. Die Grüne  
24 Bundestagsfraktion hat ein einfaches und passendes Modell mit einem 29-Euro-  
25 RegioTicket und einem 49-Euro-Bundesticket vorgestellt. Die Finanzierung eines  
26 9-Euro-Nachfolgetickets ist durch einen Abbau klimaschädlicher Subventionen wie  
27 des Dienstwagenprivilegs realistisch möglich. Zudem fordern wir das Land auf,  
28 finanzielle Mittel und administrative Unterstützung bereitzustellen, sollte die  
29 Anschlusslösung des Bundes eine Mitfinanzierung der Länder vorsehen.

30 Für alle Menschen bezahlbare Pauschaltickets im ÖPNV stellen einen wesentlichen  
31 Beitrag zur Mobilitätswende und gleichzeitig zu mehr sozialer Teilhabe dar,  
32 weshalb wir uns für eine Ausweitung entsprechender Angebote einsetzen. Sollte  
33 keine bundesweite Lösung zustande kommen, streben wir die Einführung eines  
34 gemeinsamen Nordtickets der norddeutschen Bundesländer an. Weiteren Konzepten  
35 für Pauschaltickets stehen wir offen gegenüber und unterstützen deren  
36 Entwicklung. Wir bekräftigen in diesem Kontext unsere Forderung an den Bund nach  
37 einer deutlichen Erhöhung der Regionalisierungsmittel für die Länder, um das  
38 ÖPNV-Angebot insbesondere in den ländlichen Räumen ausbauen bzw. verbessern zu  
39 können.

## Begründung

Mit dem 9€-Ticket hat der Bund einen hoch erfolgreichen Praxistest für einheitliche, unkomplizierte und günstige ÖPNV-Nutzung hergestellt. Kein Tarifdschungel mehr, keine Grenzen.

Natürlich sind überfüllte Züge kein Merkmal für „Attraktivität“, aber das Ticket hat gerade durch die hohe Nachfrage schonungslos für die Herausforderungen der Mobilitätswende sensibilisiert: Wie nötig der Ausbau von Bus und Bahn ist und wie gern die Menschen ein gutes Angebot annehmen würden, das liegt nun offen. Gerade in den Härten der Nachfrage liegen auch die Chancen: Über 38 Millionen Menschen haben das Ticket erworben und nicht wenige davon, sich erstmals überhaupt mit dem ÖPNV Angebot beschäftigt. Viele Menschen haben Bus und Bahn sogar öfter genutzt, vor allem im privaten Bereich. Die Mobilitätswende ist in aller Munde und ganz Deutschland hat gesehen: Es geht auch ohne 45 unterschiedliche Ticketautomaten im Bundesland.

In der aktuellen Situation und drohenden weiteren Preissteigerungen schuf das Ticket zudem eine effektive und simple finanzielle Entlastung für Pendelnde, Menschen mit kleinen Einkommen, Familien und Senior\*innen. Auch die Bedarfe für Mobilität jenseits des „Pendelns“ in Schleswig-Holstein wurden sehr deutlich sichtbar. Denn es ist für viele Menschen in unserem Bundesland leider nicht erschwinglich, Verwandte zu besuchen oder in die Natur zu reisen. Diese Chance für Begegnung und Entdeckung zu eröffnen, gerade für Geringverdienende und gerade nach den belastenden Corona-Jahren, war richtig und wichtig.

Und schließlich haben wir im Tourismusland Schleswig-Holstein gespürt, wie viele Menschen sich auf einen nachhaltigen autofreien Reiseweg einstellen möchten. Ein günstiges bundesweites Ticket ist ein wichtiger Ansatz, wie Klimaschutz und Tourismus zusammengehen können.

Eine Anschlusslösung für das Konzept der 9€ Tickets sollten wir Grüne in Schleswig-Holstein daher unbedingt einfordern und unterstützen.

## Unterstützer\*innen

Anna Tranziska (KV Pinneberg); Annette Granzin (KV Ostholstein); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Katja Kuncke (KV Lübeck); Ulrike Täck (KV Segeberg); Philipp Walter (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Jörn Wöhlk (KV Nordfriesland); Gazi Freitag (KV Kiel); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Johanna Schierloh (KV Kiel); Maik Kristen (KV Kiel); Anna Langsch (KV Kiel); Louisa Wiethold (KV Kiel); Ralf Sonntag (KV Pinneberg); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Kai-Uwe Stürck (BV Bundesverband); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Lorenzo Dal Molin (KV Stormarn); Janine Blöhdorn (KV Kiel); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Jens Herrndorff (KV Pinneberg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg)

## A4 WM in Katar?! Nicht so und nicht mit uns!

Gremium:	Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig Holstein und Tjark Johan Korthals (KV RD-ECK)
Beschlussdatum:	19.08.2022
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge

### Antragstext

1 Der Landesparteitag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge  
2 beschließen:

3 Die Fußball-Weltmeisterschaft (WM) der Männer ist weltweit mit viel (medialer)  
4 Aufmerksamkeit verbunden. Sportliche Megaevents wie die WM sind für autoritäre  
5 Regime wie Katar ein Prestigeprojekt, um sich so positiv wie möglich  
6 darzustellen und um gleichzeitig größere wirtschaftliche, finanzielle wie  
7 politische Erfolge zu erzielen.

8 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein weist auf diese Strategie hin und  
9 kritisiert im Zusammenhang mit der WM in Katar...

#### 10 1. Die strukturelle Ausbeutung von Arbeiter\*innen

11 Die Ausbeutung von Arbeiter\*innen ist essentiell dafür, dass es eine WM in Katar  
12 überhaupt geben kann. Arbeitsmigrant\*innen werden aus verschiedenen Ländern  
13 angeworben vor dem Hintergrund, dass es Arbeitsplätze gibt und sie ihre Familie  
14 ernähren müssen. Diese Notlage wird seit jeher ausgenutzt. Durch das Kafala-  
15 System wurden und werden Arbeiter\*innen in extreme Abhängigkeiten von den  
16 Arbeitgeber\*innen gebracht und Zwangsarbeit und Menschenhandel begünstigt.

17  
18 Nach groß gefeierten Reformen in den vergangenen Jahren ist weiterhin zu  
19 konstatieren, dass sich die Situation für die Arbeiter\*innen nicht wesentlich  
20 verbessert hat und die Reformen nur unzureichend durchgesetzt worden sind.  
21 Dumpinglöhne, die darüber hinaus gar nicht, nicht ganz oder nicht rechtzeitig  
22 gezahlt werden, Zahlungen seitens der Arbeiter\*innen an die Arbeitgeber\*innen,  
23 um einen Arbeitsplatz zu bekommen (Anwerbekosten), einbehaltene Pässe, unwürdige  
24 Unterbringungen und Arbeitsbedingungen sowie ein nicht ausreichender  
25 Arbeitsschutz sind weiterhin die Realität. Seit der Vergabe der WM 2010 sind  
26 mindestens 6.500 Arbeiter\*innen im Kontext der WM und den dazugehörigen  
27 Infrastrukturprojekten ums Leben gekommen. Das ist die traurige Konsequenz eines  
28 ausbeuterischen Umgangs.

29  
30 Bei all dem handelt es sich um eine - weiterhin existierende - Struktur der  
31 Ausbeutung, die bekannt ist und oft kritisiert wird, aber ohne wirkliche  
32 Konsequenzen bleibt. Als Organisation, die international solidarisch an der  
33 Seite der Arbeiter\*innen steht und sich global gegen die Ausbeutung dieser  
34 einsetzt, ist ein mit Blutgeld finanziertes Megaevent wie diese WM als unwürdig  
35 zu verurteilen.

#### 36 2. Die Menschenrechtsverletzungen

37 Bei all diesen Problemen, beim unzureichenden Arbeitsschutz, bei nicht gezahlten  
38 Löhnen, unwürdigen Unterbringungen und Arbeitsbedingungen, mehreren Tausend  
39 Toten sowie Zwangsarbeit und Menschenhandel, handelt es um nichts weniger als  
40 Menschenrechtsverletzungen. Darüber hinaus leiden die Arbeitsmigrant\*innen unter

41 einer eingeschränkten Meinungs- und Pressefreiheit und können auf keinen  
42 unabhängigen Rechtsstaat hoffen. Stattdessen unterdrücken katarische Behörden  
43 jene Menschen, welche die Menschenrechtssituation kritisieren und die Missstände  
44 öffentlich aufzeigen. In einem Land, in dem derartig viele  
45 Menschenrechtsverletzungen vorherrschen, darf keine Weltmeisterschaft  
46 stattfinden!

### 47 3. Diskriminierung

48 Auch wenn nach außen hin eine scheinbare Offenheit und Toleranz zu konstruieren  
49 versucht wird, sieht die Lebensrealität queerer Menschen in Katar anders aus.  
50 Die LGBTIQ+-Community wird in Katar unterdrückt. Queere Menschen werden  
51 systematisch verfolgt und überwacht. Die derzeitigen Entwicklungen zeigen eine  
52 drastische Verschlimmerung dieses Sachverhalts. Nach katarischem Gesetz drohen  
53 außerdem für queere Menschen und das Ausleben ihrer geschlechtlichen wie  
54 sexuellen Identität Strafen wie Auspeitschen, eine Inhaftierung oder die  
55 Todesstrafe.

56  
57 Auch Frauenrechte sind durch die männliche Vormundschaft stark eingeschränkt.  
58 Dieses System ist diskriminierend und verwehrt es Frauen, ein unabhängiges Leben  
59 zu führen. Sexuelle Gewalt wird ermöglicht, ein freies Leben eingeschränkt  
60

61 Darüber hinaus sind die Arbeitsmigrant\*innen von strukturellem Rassismus  
62 betroffen. Arbeiter\*innen werden hierbei aufgrund ihrer Herkunft und ihrer  
63 Notlage benachteiligt und diskriminiert. Der Missbrauch und die Ausbeutung von  
64 Arbeiter\*innen ist hochgradig verwerflich und unter allen Umständen  
65 inakzeptabel.

### 66 4. Das nicht vorhandene klimapolitische Bewusstsein

67 Aus klimapolitischer Perspektive ist die Ausführung der Weltmeisterschaft ein  
68 Desaster und zeigt: auch im Sport existiert „Greenwashing“. Zum einen ist die  
69 Vergabe der WM an das Land mit den höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf ein fatales  
70 klimapolitisches Signal. Zum anderen werden die Aspekte der Klimakrise bei der  
71 Planung nicht mitgedacht. Es werden acht neue supermoderne Stadien mit vielen  
72 emissionsintensiven Rohstoffen gebaut. Dazu werden diese während der WM  
73 aufgrund der Hitze heruntergekühlt, womit ein extrem hoher Energiebedarf  
74 einhergeht. Nach der WM haben die neugebauten Stadien keine Verwendung mehr.  
75 Auch im Hinblick auf die Anreise der Fans gibt es keinerlei Idee einer  
76 emissionsfreien Mobilität, obwohl gerade bei dieser WM der Großteil der Fans  
77 nicht aus Katar selbst kommen wird und weite Wege zurückgelegt werden müssen.  
78 Mit ökologischer Nachhaltigkeit oder klimapolitischem Ehrgeiz hat die WM in  
79 Katar nichts zu tun!

### 80 5. Die Unfreiheit von Medien und die Abhängigkeit der Justiz

81 Die Medien werden durch das autoritäre Regime in Katar kontrolliert. Es findet  
82 z.B. eine Zensur von queerfeministischen Inhalten sowie Personen statt, die sich  
83 für die LGBTIQ+-Community einsetzen. Darüber hinaus werden Menschen wie Malcom  
84 Bidali, Arbeiter aus Gambia, der öffentlich auf Arbeitsrechtsverletzungen  
85 hingewiesen hat, oder der Whistleblower Abdullah Ibhaïs, politisch verfolgt,  
86 inhaftiert und können auf keine fairen Prozesse hoffen – geschweige denn, dass  
87 die Arbeitgeber\*innen für ihre drastischen Verfehlungen zur Rechenschaft gezogen  
88 werden. Eine unabhängige Justiz ist vor diesem Hintergrund nicht zu erkennen.  
89 Letztlich ist es die PR-Strategie Katars, möglichst gut in der Welt dazustehen;



90 eine Strategie, in die Regimekritiker\*innen nicht passen. Katar ist ein  
91 autoritäres Regime, das auf illiberale Weise versucht, anschlussfähig an und für  
92 liberale Demokratien zu wirken.

#### 93 6. Eine weitere Kommerz-Weltmeisterschaft

94 Diese Weltmeisterschaft ist auch ein weiteres Beispiel für die Profitgier der  
95 Fußballverbände. Anstatt diese ausbeuterischen Verhältnisse deutlich zu  
96 thematisieren und entsprechende Konsequenzen umzusetzen, wurde weiterhin am  
97 Austragungsort Katar festgehalten, obwohl viele andere Standorte bereits jetzt  
98 mögliche Spielstätten hätten sein können und die notwendige Infrastruktur  
99 bereitstellen. Die WM in Katar hat auch das Ziel, neue überwältigende Bilder zu  
100 schaffen, die den Fußball nochmal spektakulärer erscheinen lassen, als er  
101 ohnehin schon dargestellt wird. Die Spieler werden einmal mehr Prämien in  
102 Millionenhöhe zu ihren ohnehin hoch dotierten Gehältern im Vereinsfußball  
103 erhalten und Funktionär\*innen freuen sich über gewaltige Einnahmen aus der  
104 Übertragung der Spiele, während die Arbeiter\*innen vor Ort einen winzigen  
105 Bruchteil dieses Geldes bekommen. Diese WM wird auf dem Rücken der  
106 Arbeitsmigrant\*innen ausgetragen, um am Ende durch ihre Arbeit noch mehr Geld zu  
107 verdienen, als es ohnehin schon im Fußball zu verdienen gibt. Diese Diskrepanz  
108 ist vor dem Hintergrund der Menschenrechtsverletzungen nicht tolerierbar.

#### 109 7. Die Verfehlungen der FIFA

110 Die WM-Vergabe nach Katar im Jahr 2010 war seitens der FIFA ein intransparentes  
111 Verfahren. Denn die dramatischen Begleitumstände der WM in Katar waren schon  
112 damals abzusehen. Trotzdem erhielt Katar den Zuschlag - ohne ein  
113 Menschenrechtskonzept vorlegen zu müssen.

114 Seit 2010 bestehen im Zusammenhang mit der Vergabe problematische Gerüchte der  
115 Korruption. Vor der Vergabe sind laut seriösen Medienberichten Bestechungsgelder  
116 in Millionenhöhe geflossen.

117 Im Vergabeverfahren fehlen Mindeststandards für einen solidarischen Fußball.  
118 Über die Bedürfnisse der Sportler\*innen und Arbeiter\*innen wird hinweggeschaut,  
119 offensichtliche Menschenrechtsverletzungen werden ignoriert. Die Profitgier der  
120 Funktionär\*innen steht im Vordergrund. Das darf keine Grundlage für die  
121 Austragung einer WM sein!

#### 122 8. Den Umgang des DFB

123 Der DFB ist der größte nationale Mitgliedsverband der FIFA und der DFB ist ein  
124 gemeinnütziger Verein. Der Verantwortung, die damit einhergeht, wird der DFB  
125 nicht gerecht. Zwar gibt es Erklärungsschreiben mit dem Bekenntnis zu  
126 Menschenrechten und auch eine Menschenrechtspolicy, jedoch gibt es keine  
127 Anzeichen, dass es zu mehr als Worten kommt. Anstatt bei der FIFA Druck für  
128 Reformen zu machen und sich in den letzten Jahren aktiv um die Belange der  
129 Arbeitsmigrant\*innen zu kümmern, strebte der DFB ein Sponsoring mit Qatar  
130 Airways an. Es ist schlicht und ergreifend zynisch sowie verwerflich, dass Geld  
131 wichtiger als das Wohlergehen von Menschen ist.

132 Und es nicht das erste Mal. Insbesondere vor dem Hintergrund dieser WM wirken  
133 Kampagnen gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit lediglich wie eine  
134 Möglichkeit, die Marke Deutscher Fußballbund besser zu verkaufen. Katarische  
135 Akteur\*innen handeln entgegengesetzt und der DFB schreitet nicht ein. Auch

136 innerhalb des Verbandes ist keine merkliche Veränderung zu erkennen, die  
137 notwendig wäre. Es sind keine Strukturen geschaffen worden, die diese Probleme  
138 innerhalb des Verbandes als politische Probleme verstehen und entsprechend  
139 adressieren. Bisherige Antworten waren nicht ausreichend, um Mechanismen der  
140 strukturellen Diskriminierung aufzubrechen, von Diskriminierung betroffene  
141 Spieler\*innen nachhaltig zu unterstützen sowie zu fördern oder innerhalb der  
142 Fußballkultur ein konsequentes Durchgreifen bei Fällen von Diskriminierung zu  
143 etablieren. Das muss sich endlich ändern. Der Aufschrei nach z.B.  
144 Rassismussvorfällen im Profifußball ist jedes Mal groß. Mehr als Worte sind aber  
145 oft nicht wahrzunehmen - und das reicht nicht mehr. Es muss endlich Veränderung  
146 her!

147 In der Praxis toleriert der DFB mit seiner Teilnahme die Vergabe der WM, die  
148 Verfehlungen der FIFA, die WM selbst und alle damit einhergehenden Probleme. Die  
149 Aufarbeitung, die stattfindet, ist unzureichend. Darüber hinaus widerspricht das  
150 Handeln den – teilweise schriftlich – aufgestellten Kriterien, Werten und  
151 Normen. Das muss endlich ein Ende finden.

152 Wir messen die WM in Katar nicht daran, was in Katar durch die WM scheinbar  
153 möglich geworden ist, sondern was notwendig ist, damit Menschen ein gutes und  
154 würdiges Leben haben und ein solches Megaevent kein klimapolitisches Desaster  
155 wird. Das können wir uns nicht mehr leisten. Basierend auf diesen Problematiken  
156 fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein:

- 157 • Eine Erklärung des DFB, wie sie die Teilnahme an dem Turnier aufarbeiten  
158 möchten
- 159 • Eine Erklärung der Nationalmannschaft, warum sie die Teilnahme an der WM  
160 als vertretbar wahrnehmen
- 161 • Eine konsequente Aufarbeitung des DFB, an welchen Stellen das eigene  
162 Handeln Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen und/oder Diskriminierung  
163 unterstützt und unterstützt hat sowie welche konkreten Maßnahmen der DFB –  
164 zusammen mit UEFA und FIFA - dagegen unternehmen möchte.
- 165 • Kein Sponsoring des DFB durch katarische Akteur\*innen
- 166 • Eine Entschädigung seitens der FIFA für Betroffene von  
167 Menschenrechtsverletzungen oder ihre Hinterbliebenen
- 168 • Ein Wiedergutmachungsfonds des DFB für Betroffene von  
169 Menschenrechtsverletzungen und ihre Hinterbliebenden

170 Außerdem fordern wir alle dazu auf, die Fußball-WM der Männer in Katar zu  
171 boykottieren, insbesondere Amts- und Mandatsträger\*innen von BÜNDNIS 90/DIE  
172 GRÜNEN auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

## Begründung

Die Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Katar wird in der nächsten Zeit immer mehr in den Fokus der Öffentlichkeit geraten und vor dem Hintergrund der o.g. Problematiken diskutiert werden. Deswegen möchten wir hierzu eine klare Haltung - auch zu einzelnen Unterpunkten - entwickeln.

Zum Aufruf, die WM zu boykottieren, möchten wir vorwegnehmen, dass wir hier keiner Person verbieten möchten, diese WM zu schauen. Wir möchten aber als Organisation bzw. Gruppe von Menschen eine klare Haltung empfehlen und selbst als Vorbild dienen. Deswegen legen wir den Fokus auch nochmal auf Amts- und Mandatsträger\*innen auf Landes-, Bundes- und Europaebene. Wir unterstellen keiner Person irgendwelchen bösen Intentionen, möchten aber die WM legitimierende Bilder vermeiden.

## Unterstützer\*innen

Jona Tophinke (KV Herzogtum Lauenburg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Stephan Wiese (KV Lübeck); Nils Tellert (KV Kiel); Johannes Engelmann (KV Kiel); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Niklas Willma (KV Neumünster); Philipp Walter (KV Kiel); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Gazi Freitag (KV Kiel); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Johanna Schierloh (KV Kiel); Jonathan Morsch (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Rebecca Morsch (BV Grüne Jugend); Momme Carstensen (KV Flensburg); Franz Fischer (KV Kiel); Louisa Wiethold (KV Kiel); Janine Blöhdorn (KV Kiel); Niklas Binder (KV Schleswig-Flensburg); Luc Richter (KV Kiel)

## A5NEU Vegane und vegetarische Verpflegung im Landesverband

Gremium:	Tjark Johan Korthals und der Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Schleswig-Holstein
Beschlussdatum:	20.08.2022
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge

### Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein möge beschließen, dass auf
- 2 Veranstaltungen des Landesverbands, der GJ sowie der Kreis- und Ortsverbände
- 3 überwiegend vegane Lebensmittel bereitgestellt werden. Es ist möglich, dass
- 4 vegetarische Lebensmittel angeboten werden, diese müssen jedoch EU-
- 5 biozertifiziert sein. Für die Erstattung von Lebensmitteln gilt dasselbe.

### Begründung

Dieser Antrag zielt darauf ab, vorwiegend vegane Lebensmittel bei Veranstaltungen des Landesverbands anbieten zu lassen, um so den Anteil von Lebensmitteln tierischen Ursprungs zu reduzieren. Die Voraussetzung eines EU-Biozertifikats ist auch im Falle veganer Lebensmittel wünschenswert, aber besonders bei vegetarischen Lebensmitteln unabdingbar. Es sollten keine Produkte aus der industriellen Massentierhaltung vom Landesverband angeboten werden. Indem der Fokus auf vegane Lebensmittel gerichtet wird, sollen vor allem Ziele des Klimaschutzes, des Umwelt- und Naturschutzes sowie des Tierschutzes verfolgt werden. Der Landesverband wird dazu aufgefordert, diese Ziele auch durch sein internes Handeln umzusetzen.

### Unterstützer\*innen

Gazi Freitag (KV Kiel); Nelly Waldeck (KV Kiel); Finn-Pascal Pridat (KV Kiel); Johanna Schierloh (KV Kiel); Leonard Rodde (KV Pinneberg); Milena Claussen (KV Rendsburg-Eckernförde); Lorenzo Dal Molin (KV Stormarn); Lukas Reithofer (KV Kiel); Leah Knoth (KV Segeberg); Solveyg Stauch (KV Rendsburg-Eckernförde); Kevin Thomsen (KV Nordfriesland); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Uta Bergfeld (KV Schleswig-Flensburg); Bernhard Schrader (KV Pinneberg); Stephan Wiese (KV Lübeck); Nils Tellert (KV Kiel); Johannes Engelmann (KV Kiel); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Philipp Walter (KV Kiel); Mayra Vriesema (KV Nordfriesland); Benjamin Stukenberg (KV Stormarn); Meret Boguhn (KV Kiel); Louisa Wiethold (KV Kiel); Jona Tophinke (KV Herzogtum Lauenburg); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Niklas Willma (KV Neumünster); Franz Fischer (KV Kiel)

## ANEU Sozial- und klimagerechte Politik – gerade in schweren Zeiten!

Antragsteller\*in: Tobias Goldschmidt und Aminata Touré (KV Plön / KV Neumünster)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### Antragstext

1 Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein verurteilen den russischen  
2 Angriffskrieg auf die Ukraine scharf. Unsere Solidarität gehört den Opfern des  
3 Krieges. Der Krieg verursacht unermessliches Leid und muss dringend beendet  
4 werden. Putin darf den Krieg nicht gewinnen. Wir unterstützen den klaren Kurs  
5 unserer Bundesaußenministerin.

6 Auch in Schleswig-Holstein sind die Folgen des Krieges unübersehbar. Viele  
7 Menschen fliehen aus den Kriegsgebieten und werden bei uns gut aufgenommen. Es  
8 braucht deshalb ein gut abgestimmtes Verfahren zwischen Bund, Land und Kommunen,  
9 um die Aufnahme und Verteilung zu organisieren. Dank gebührt all denen, die  
10 mithelfen ein gutes Ankommen zu ermöglichen. Wir Grüne werden sie auf allen  
11 Ebenen unterstützen.

12 Für viele Bürger\*innen und Unternehmen stellen die steigenden Energiepreise ein  
13 großes Problem dar. Der Krieg in der Ukraine ist auch ein Energiekrieg.  
14 Deutschland hat sich den letzten Jahrzehnten abhängig von russischem Erdgas  
15 gemacht – und ist damit verwundbar. Wir müssen unsere Energiesouveränität  
16 wiedererlangen und unterstützen den Bundeswirtschaftsminister hierbei. Klar ist:  
17 Die hohen Preise sind nicht Folge der Energiewende, sondern Folge einer  
18 verschleppten Energiewende. Wir werden weiter unseren schleswig-holsteinischen  
19 Beitrag leisten, um die Energiewende hinzubekommen.

20 Wir leben in Zeiten multipler Krisen: Der Krieg in Europa, die Klimakrise, das  
21 Artensterben und große soziale Unsicherheiten prägen unsere Zeit. Wir Grüne  
22 stehen für einen integrativen, lösungsorientierten und optimistischen  
23 Politikansatz und spielen die Krisen und ihre Betroffenen nicht gegeneinander  
24 aus. Auch wenn wir in diesen Krisentagen schwere Entscheidungen treffen oder  
25 mittragen müssen bleiben wir klar im Kurs: Wir wollen die sozial-ökologische  
26 Transformation und messen Vorschläge zur Krisenbewältigung daran, ob sie  
27 einerseits wirksam und andererseits zukunftsfest sind. Ein (Wieder)einstieg in  
28 Atomkraft und Fracking sind dies nicht.

29 Wir stellen uns deshalb hinter die Entscheidung unseres  
30 Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck, über einen zeitlich eng begrenzten  
31 Streckbetrieb von 2 Atomkraftwerken bis maximal April erst zu gegebener Zeit zu  
32 entscheiden. Denn einen sinnvollen Beitrag könnten diese Atomkraftwerke weder  
33 zum Ersetzen von Gas, noch zur Senkung der Strompreise liefern, sondern  
34 lediglich zur lokal begrenzten Stabilisierung des Stromnetzes im extremen Worst-  
35 Case Szenario. Eine zeitlich begrenzte Einsatzreserve ist deshalb der richtige  
36 Kompromiss.

37 Wir weisen aber nochmal darauf hin dass die beiden Argumente PSÜ und Bezug der  
38 Brennstäbe aus Russland sehr wichtig sind, auch für die öffentliche Diskussion  
39 und bitten darum, diese zu beherzigen.

40 Aktuell geht es darum, die Abhängigkeit von russischen Energieimporten radikal  
41 zu verringern. Dies wird durch einen Maßnahmenmix aus Energieeffizienz,

42 Erneuerbaren Energien und der Diversifizierung bestehender Lieferbeziehungen  
43 geschehen. Für uns Grüne ist entscheidend, dass letztere keine fossilen Lock-In-  
44 Effekte verursachen. Neue Energieinfrastrukturen müssen von vornherein für die  
45 postfossile Welt vorbereitet sein. Von der Bundesregierung fordern wir, dass  
46 Treibhausgasemissionen, die durch die kurzfristige Krisenbewältigung entstehen  
47 (beispielsweise Fuel-Switch in Industrie und Kraftwerkspark) durch zusätzliche  
48 Klimaschutzmaßnahmen kompensiert werden müssen. Hier liegt ein Tempolimit als  
49 besonders offensichtliche, schnell wirkende und kostengünstige Option auf der  
50 Hand.

51 Es ist leider nicht auszuschließen, dass es im kommenden Winter zu regionalen  
52 oder auch großräumigeren Rationierungen bei der Gasversorgung kommen wird. Jede  
53 Kilowattstunde Erdgas, die heute eingespart wird, schützt das Klima auf der  
54 einen und die Energiekund\*innen auf der anderen Seite vor Versorgungsausfällen.  
55 Deshalb appellieren wir an die Schleswig-Holsteine\*innen: Spart Energie wo immer  
56 es geht! Wir wollen dies durch einen klugen Instrumentenmix aus Kommunikation,  
57 Beratung, Förderung, Marktanreizen und auch Ordnungsrecht erreichen.  
58 Beispielsweise muss der Einbau von Gas- und Ölheizungen schnellstmöglich beendet  
59 werden und eine Verpflichtung zur Installation von Solaranlagen auf Neubauten  
60 sowie nach Eigentumsübergang und grundsätzlichen Sanierungen ist dringend  
61 erforderlich.

62 Wir sind die Partei der Energiewende: Sie macht uns unabhängig von fossilen  
63 Energieimporten und schützt das Klima. Damit ist sie ein zentraler Baustein zum  
64 Erhalt der Biodiversität, zur Armutsvorsorge und auch zur nationalen  
65 Souveränität. Wir werden sie weiter beschleunigt und naturverträglich und  
66 gerecht umsetzen. Es ist gut, dass der Koalitionsvertrag klare Aussagen zur  
67 Ausweisung neuer Windvorrangflächen und zur Photovoltaik enthält. Gerade diese  
68 Projekte wollen wir prioritär umsetzen.

69 Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit: Deshalb sehen wir, dass gerade  
70 Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen vor großen Herausforderungen  
71 stehen. Hohe Energiekosten belasten viele Haushalte und Unternehmen schon heute  
72 massiv. Es steht zu befürchten, dass die Kostenspirale ihr Ende längst noch  
73 nicht erreicht hat. Für uns ist klar, dass weitere Entlastungspakete des Bundes  
74 erforderlich sind, um Menschen in dieser Krisenzeit nicht alleine zu lassen. Wir  
75 fordern den Bund auf bei Entlastungspaketen gerade Menschen mit geringen und  
76 mittlerem Einkommen im Blick zu haben und vor allem gesellschaftliche Gruppen zu  
77 berücksichtigen, die in der Vergangenheit nicht berücksichtigt worden sind:  
78 Studierende, Auszubildende, Senior\*innen. Ebenso klar ist, dass  
79 Entlastungspakete nicht mit der Gießkanne erfolgen können und Effizienzanreize  
80 nicht gefährdet werden dürfen. Auch auf Landesebene stellen wir uns unserer  
81 Verantwortung und werden in einer fairen Lastenverteilung auch künftig  
82 notwendige Unterstützungsmaßnahmen mit auf den Weg bringen.

83 Wir unterstützen den Bund außerdem bei der Einführung des Bürgergeldes und  
84 fordern, dass Schleswig-Holstein dieses Vorhaben im Bundesrat unterstützt.

85 Neben gezielter Unterstützung für diejenigen, die es am nötigsten haben, gilt es  
86 das Problem der hohen Preise an der Wurzel zu packen. Eine hohe Nachfrage führt  
87 zu hohen Preisen. Energieeffizienz und Energiesparen sind also Preissenker. Auch  
88 wer sich selbst die teure Energie noch leisten kann, ist aufgerufen aus  
89 Solidarität mit anderen und für die Zukunft unseres Landes ebenfalls sparsam mit

90 Energie umzugehen. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass die günstigen  
91 Stromgestehungskosten der Erneuerbaren auch bei den Kund\*innen ankommen. Das ist  
92 aktuell nicht der Fall und muss sich ändern.

93 Eine Verlängerung des falschen und unwirksamen Tankrabattes lehnen wir ab und  
94 das Dienstwagenprivileg gehört schnellstmöglich abgeschafft. Freiwerdende Mittel  
95 wollen wir zur Entlastung von Pendler\*innen nutzen, also für einen besseren ÖPNV  
96 und die Einführung eines Klima- und Mobilitätsgeldes.

97 Die Gasumlage zur Vermeidung eines Zusammenbruchs des deutschen  
98 Gasversorgungsmarktes war ein bitterer, aber notwendiger Schritt. Dass es  
99 Finanzminister Lindner nicht gelungen ist in Brüssel eine  
100 Mehrwertsteuerbefreiung für diese Umlage zu erreichen bedauern wir. Wir fordern  
101 von der Bundesregierung, dass die Mehreinnahmen komplett zur Entlastung der  
102 Energiekund\*innen eingesetzt werden. Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas  
103 kann nur ein übergangswises Hilfsinstrument sein. Wir brauchen stattdessen ein  
104 sozial gerechtes und den Klimaschutz voranbringendes Entlastungspaket, das  
105 diejenigen unterstützt, die besonders von hohen Preisen und Inflation belastet  
106 sind.

107 Ein solches Entlastungspaket sollte sich zudem aus den Einnahmen einer aus  
108 unserer Sicht dringend erforderlichen Übergewinnsteuer finanzieren. Diese soll  
109 die Gesellschaft an solchen Unternehmensgewinnen beteiligen, die infolge des  
110 Krieges leistungslos erzielt wurden.

111 Die vor uns liegenden Monate werden nicht leicht. Unsere Demokratie hat die  
112 Kraft dazu diese gut und solidarisch zu gestalten. Bündnis 90/Die Grünen werden  
113 ihren Beitrag dazu leisten.

## Begründung

Gemeinsamer Antrag von Aminata Touré (KV Neumünster) und Tobias Goldschmidt (KV Plön),  
unterstützt von Monika Heinold (KV Kiel), Anna Tranziska (KV Pinneberg) und Steffen Regis (KV Kiel).

## Unterstützer\*innen

Jan Karthäuser (KV Ostholstein); Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland); Arnd Hemken (KV  
Pinneberg); Friederike Löffert-Pokatis (KV Kiel); Ruth Kastner (KV Stormarn); Steffen Regis (KV Kiel); H-  
J Bethe (KV Pinneberg); Stefan Rehse (KV Stormarn); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde);  
Matthias Sünemann (KV Stormarn); Rolf Ebbers (KV Stormarn); Johannes Albig (KV Kiel); Stefan  
Lansberg (KV Plön); Sönke Carstensen (KV Kiel); Regine Neujahr-Goebel (KV Neumünster); Rainer  
Goebel (KV Neumünster); Anna Tranziska (KV Pinneberg); Wiebke Garling-Witt (KV Stormarn); Peter  
Bothe (KV NF); Markus Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Anna Leidreiter (KV Segeberg); Andreas  
Rieschick (KV Stormarn); Ralf Otzen (KV Nordfriesland); Stephan Wiese (KV Lübeck); Joachim Stoll (KV  
Schleswig-Flensburg); Lasse Bombien (KV Rendsburg-Eckernförde); Rolf Bünte (KV Nordfriesland);  
Margot Böhm (NF); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); KatjaK HL (Mitglied); Uta Bergfeld (KV  
Schleswig-Flensburg); Rainer Borcharding (KV Schleswig-Flensburg); Ulrike Täck (KV Segeberg); Uta  
Röpcke (KV Hztg Lauenburg); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Susanne Hilbrecht (KV  
Dithmarschen); Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg); Fabian Osbahr (KV Segeberg); Lukas  
Reithofer (KV Kiel); Ralph Sieber (KV Schleswig-Flensburg); Martina Behrens-Krull (KV Kiel); Dietmar

Gosch (KV Stormarn); Monika Heinold (KV Kiel); Christian Saftig (KV Kiel); Nicole Derber (KV Ostholstein); Ingrid Nestle (KV Steinburg); Kurt Reuter (KV Stormarn); Sophia Marie Pott (KV Lübeck); Sven Christian Seele (KV Kiel); Annette Granzin (KV Ostholstein); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Jannes Winkler (KV Schleswig-Flensburg); Doris Dönges (KV Plön); Denise Loop (KV Dithmarschen); Fabian Faller (KV Kiel); Peter Schüler (KV Lübeck); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Juliane Michel (KV Neumünster); Hans-Peter Hopp (KV Ostholstein); Bernhard Schrader (KV Pinneberg); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Philipp Walter (KV Kiel); Mathias Schmitz (KV Pinneberg); Meike Lüdemann (KV Segeberg); Gazi Freitag (KV Kiel); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Momme Carstensen (KV Flensburg); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Nadine Mai (KV Pinneberg); sotiria Luedtke (KV Luebeck); Niklas Willma (KV Neumünster); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Anna Langsch (KV Kiel); Anja Kloos (KV Ostholstein); Dieter Dluzewski (KV Dithmarschen); Maria Andresen (KV Nordfriesland); Arne Langniß (KV Kiel)



## D1 Sondervermögen für Klimaschutz und Klimasicherheit

Antragsteller\*in: Nelly Waldeck (KV Kiel)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

### Antragstext

- 1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein stellen sich hinter die Forderung von
- 2 Fridays for Future, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für Klimaschutz
- 3 und Klimasicherheit zusätzlich zu den bisherigen Maßnahmen auf den Weg zu
- 4 bringen.

### Unterstützer\*innen

Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Niklas Willma (KV Neumünster); Lorenzo Dal Molin (KV Stormarn); Paul Kistner (KV Lübeck); Torge Klein (BV Grüne Jugend); Jona Tophinke (KV Herzogtum Lauenburg); Verena Duden-Morsch (KV Rendsburg-Eckernförde); Louisa Wiethold (KV Kiel); Luc Richter (KV Kiel); Luca Köpping (KV Kiel); Finn-Pascal Pridat (KV Kiel); Maik Kristen (KV Kiel); Lea Reimann (BV Grüne Jugend); Jonah Schmidtke (KV Kiel); Rebecca Morsch (BV Grüne Jugend); Uta Boßmann (KV Kiel); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Leah Knoth (KV Segeberg); Franz Fischer (KV Kiel); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Mayra Vriesema (KV Nordfriesland); Janis Schänzer (KV Kiel); Anna Langsch (KV Kiel); Silke Backsen (KV Nordfriesland); Smilla Mester (KV Kiel); Marlene Jakob (KV Segeberg); Lasse Petersdotter (Kiel); Philipp Walter (KV Kiel); Annabell Louisa Pescher (KV Flensburg); Sebastian Bonau (KV Schleswig-Flensburg); Sandra Mittelstedt (KV Kiel); Steffen Regis (KV Kiel); Johanna Schierloh (KV Kiel); Jens Herrndorff (KV Pinneberg); Benjamin Klettbach (KV Kiel); Jens Jähne (KV Nordfriesland); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Kai-Uwe Stürck (BV Bundesverband)

# S1 Gründung der LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT (LAG) PFLEGE

Antragsteller\*in: Hauke Bruhns (KV Kiel)  
Tagesordnungspunkt: 3.1. Struktur- und Satzungsänderungen

## Antragstext

1 WIR BEANTRAGEN HIERMIT, auf Grundlage der Satzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
2 Landesverband Schleswig-Holstein vom 02.05.2021 und gemäß LAG Statut 3. (1)

3 • gegenüber dem Landesparteitag als übergeordnetes Gremium eines Kleinen  
4 Parteitages

5 die Zulassung des ‚Fachforums Pflege‘ als Landesarbeitsgemeinschaft und zugleich  
6 dessen Umbenennung in LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT (LAG) PFLEGE.

7 Die LAG PFLEGE will sich u. a. folgenden Themen widmen:

8 ALLGEMEIN

- 9 • inhaltliche und politische Partei- und Gremienarbeit
- 10 • Zusammenarbeit mit außerparteilichen (Fach-) Verbänden, Initiativen und  
11 wissenschaftlichen Institutionen
- 12 • Vernetzung der Facharbeit auf Kreis- und Ortsverbandsebene
- 13 • Beratung und Expertise für Fraktionen auf allen Ebenen sowie  
14 Regierungsmitgliedern
- 15 • Unterstützung des Landesvorstandes bei der Presse- und  
16 Öffentlichkeitsarbeit
- 17 • Beratung und Unterstützung der Ministerin und ggf. einer Stabsstelle  
18 Pflege
- 19 • Vernetzung von Pflegekräften, Hebammen und Geburtshelfern
- 20 • Erarbeitung von tragfähigen, evidenzbasierten Lösungsangeboten
- 21 • Einrichtung von themenbezogenen Facharbeitskreisen innerhalb der LAG
- 22 • Zusammenarbeit mit allen anderen Landesarbeitsgemeinschaften, insbesondere  
23 mit der LAG Gesundheit und der LAG Soziales und Arbeitsmarkt
- 24 • Fachbezogene Beteiligung an Gremien und Arbeitskreisen auf Bundesebene,  
25 insbesondere innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaften Arbeit, Soziales  
26 und Gesundheit sowie Behindertenpolitik

27 FACHSPEZIFISCH

- 28 • Psychohygiene der Pflegekräfte
- 29 • Stärkung des Selbstbewusstseins der Berufsgruppen
- 30 • Work-Life-Balance: AG Angebote (betriebliche Gesundheitsvorsorge)
- 31 • Langzeitstudie: Pflegestation der Zukunft - Modelstation in der Praxis
- 32 • Aufgaben Gemeinschaftsschwester im ländlichen Raum
- 33 • Übernahme heilkundlicher Tätigkeiten durch Pflegefachkräfte
- 34 • pflegerische Versorgungszentren und Niederlassungsoptionen
- 35 • Möglichkeiten und Flexibilisierungen für Berufsrückkehrer\*innen
- 36 • Akquise ausländischer Fachkräfte und Zeitarbeit
- 37 • Lohngerechtigkeit und Tarifverträge
- 38 • Queere Pflege (Regenbogenpflege)
- 39 • Interkulturelle Pflege
- 40 • Grüne Pflege (Klimawandel und Pflege, E-Mobilität ambulante Pflege u.a.)
- 41 • Häusliche Versorgung / Unterstützung von pflegenden An- bzw. Zugehörigen
- 42 • Arbeitszeitmodelle in der Pflege
- 43 • Personalbemessungsgrenzen / Finanzierungsmodelle
- 44 • Berufsständische Vertretung jenseits der Pflegeberufekammer
- 45 • Weiterentwicklung der Berufsbilder Pflege und Geburtshilfe
- 46 • Maßnahmenkonzeption zur Gesundheitsprävention
- 47 • Gewaltprävention in Pflege
- 48 • Weiterbildungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen
- 49 • Bürokratieabbau und Digitalisierung in der Pflege
- 50 • altersgerechte Arbeitsorganisation
- 51 • Deckelung der Renditemöglichkeiten in der Gesundheitsversorgung
- 52 • Ausbildungsmodelle und Akademisierung
- 53 • Pflege als Leistungsfaktor und Imageverbesserung
- 54 • Perspektiven von Gesundheitsfachberufen

- 55 • stationäre und ambulante Versorgungsinfrastruktur
- 56 Für das notwendige Quorum von mindestens fünf Mitgliedern aus mindestens drei
- 57 Kreisverbänden zeichnen:
- 58 Hauke Bruhns, Kreisverband Kiel
- 59 Anneke Wilken-Bober, Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
- 60 Annette Schröder, Kreisverband Plön
- 61 Anja Schneider, Kreisverband Pinneberg
- 62 Jasper Balke, Kreisverband Lübeck

## Begründung

Schleswig-Holstein ist ein Gesundheitsland: Die größten Arbeitgeber sind Krankenhäuser, Medizinproduktehersteller, Biotechnologie- und Pharmaunternehmen. Über 180.000 Menschen, das sind 18,4 Prozent der Erwerbstätigen oder jede bzw. jeder Fünfte in Schleswig-Holstein, arbeitet in der Gesundheitswirtschaft.

41 Tsd. Pflegekräfte versorgten 2020 knapp 530 Tsd. Patient\*innen in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern. Hinzu kommen weitere 51 Tsd. pflegerische Vollzeitkräfte, welche derzeit die Betreuung von 71 Tsd. Pflegebedürftigen im ambulanten und stationären Bereich übernehmen.

Und dennoch: Bis 2030 fehlen je nach Szenario 130.000 bis 150.000 Pflegefachkräfte. Für Schleswig-Holstein bedeutet das einen ersatz- und nachfragebedingten Erweiterungsbedarf von zusätzlichen 30.000 Vollzeitstellen allein in der ambulanten und stationären Pflege. Nicht berücksichtigt sind dabei die bis dahin anstehenden Berentungen und die steigende Zahl derjenigen Pflegekräfte, die ihren Beruf vorzeitig aufgeben. Schon heute beträgt die durchschnittliche Verweildauer einer ausgebildeten Pflegefachkraft im Beruf nur zwischen acht und 13 Jahren.

Nicht erst seit der Corona-Krise ist klar: Pflege leistet Herausragendes und erfüllt eine wichtige, gesamtgesellschaftliche, systemrelevante Aufgabe. Deutlich wird dieses unter anderem, wenn man betrachtet, in welchen verschiedenen Arbeitsfeldern Pflege stattfindet: Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Fachkrankenpflege wie Intensivmedizin oder Psychiatrie, Altenpflege, Heilerziehungspflege, Geburtshilfe, Rehabilitation oder in der öffentlichen Daseinsvorsorge, um nur einige Beispiele zu nennen. Die pflegerische Versorgung kann dabei stationär, teilstationär, ambulant oder institutionell erfolgen. Dabei arbeiten Pflegefachkräfte der unterschiedlichen Disziplinen mit den zu Pflegenden, den Angehörigen, Mediziner\*innen und anderen medizinisch-therapeutischen Berufsgruppen eng zusammen.

Das gesamt abzudeckende politische Spektrum von pflegerischer Versorgung ist umfangreich: Rahmenbedingungen für Aus- und Weiterbildung, die Akademisierung der Pflegeberufe, die Arbeitsmarktsituation und das Anwerben von Fachkräften, die pflegerische Selbstverwaltung, Schaffung von guten Arbeitsbedingungen und einer flächendeckenden fairen Bezahlung, Abstellen von Pflegemängeln, Schulung und Einbindung von pflegenden An- und Zugehörigen, heilkundliche Einbindung von Pflegekräften in den Versorgungsprozess, schul-, impf- und gemeinschaftspflegerische Versorgung u.v.m. Dafür benötigt es gute Rahmenbedingungen und Konzepte. Wir müssen heute die Weichen für eine gute Pflege in den nächsten Jahrzehnten stellen.

Am 31.01. diesen Jahres hat sich daher das Fachforum Pflege als Untergliederung der LAG Gesundheit von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein konstituiert. Ursprünglich als Arbeitsgruppe für interessierte Berufskolleg\*innen in unserer Partei und für den Austausch über pflegepolitische

Fragestellungen gedacht, hat sich das Fachforum Pflege innerhalb kürzester Zeit weiterentwickelt, ist gewachsen und hat sich zunehmend in das (partei-)politische Geschehen eingebracht. Dabei wurden mittlerweile gut funktionierende organisatorische und fachspezifische Strukturen und Netzwerke innerhalb der Partei aufgebaut. Noch vor der Landtagswahl hat sich die Berufsgruppe der Hebammen und Geburtshelfer dem Fachforum Pflege angeschlossen.

Wir wollen künftig verstärkt pflegepolitische Themen in den Fokus rücken, Lösungsangebote erarbeiten und der Partei, der künftigen Landesregierung und den Abgeordneten einer starken grünen Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein sowie allen kommunalen Mandatsträger\*innen bei pflegepolitischen Sachfragen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dies wird in der bisherigen Organisationsform als Arbeitsgruppe jedoch immer schwieriger, da es immer wieder zu Entscheidungsfragen kommt, die mit der vorgeschalteten LAG Gesundheit abgestimmt werden müssen. Auch ist eine direkte, tatsächliche institutionelle Teilhabe mit Beratungsfunktion innerhalb der Partei in dieser Organisationsform nicht möglich, da Fachforen als LAG-Untergruppen im Parteistatut nicht vorgesehen sind und wir somit keinen satzungsgemäßen Auftrag erfüllen können und dürfen. Ferner sind unsere Inanspruchnahme und die Verwendung unserer Expertisen durch Mandatsträger in ihrer Verbindlichkeit nicht durch die Satzung gedeckt. Darüber hinaus machen die herausragende Bedeutung pflegerischer Versorgung für die Gesellschaft in unserem Land sowie die Themenkomplexität und -vielfalt die Gründung einer eigenständigen Landesarbeitsgemeinschaft für Pflege nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Darüber hinaus steht die Pflege auf Grund der ministeriellen Trennung der Ressorts 'Gesundheit' und 'Soziales' auf Landesebene und die Ansiedelung der Pflege im Sozialministerium vor neuen organisatorischen und politischen Herausforderungen, welche die Gründung einer eigenen Landesarbeitsgemeinschaft zusätzlich unerlässlich macht. Daher werben wir um eine breite Unterstützung unseres Antrages.

## Unterstützer\*innen

Martina Stark (KV Plön); Andrea Dreffein-Hahn (KV Pinneberg); Florian Juhl (KV Pinneberg); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Lasse Zapf (KV Rendsburg Eckernförde); Anja Schneider (KV Pinneberg); Selma Beck (KV Kiel); Hildegard Bedarff (KV Pinneberg); EngelZoe (KV Lübeck); Angela Poling (KV Stormarn); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Georg Wilkens (KV Rendsburg-Eckernförde); Bernhard Schrader (KV Pinneberg); Gabriele Braune (KV Ostholstein); Anneke Wilken-Bober (KV Rendsburg-Eckernförde); Jasper Balke (KV Lübeck); Gazi Freitag (KV Kiel); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Louisa Wiethold (KV Kiel); Esther Drewsen (KV Nordfriesland); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Janine Blöhdorn (KV Kiel)

## S4 NEU Erweiterung der Antragskommission

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 07.09.2022  
Tagesordnungspunkt: 3.1. Struktur- und Satzungsänderungen

### Antragstext

- 1 Die aktuelle Formulierung in § 7 Abs. 9 Nr. 2:
- 2 „Die Antragskommission setzt sich zusammen aus einer\*m der beiden
- 3 Landesvorsitzenden, einem vom Parteirat nominierten Parteiratsmitglied und drei
- 4 grünen Basisvertreter\*innen, davon eines aus der Grünen Jugend, die vom
- 5 Landesparteitag gewählt werden. Die Antragskommission wird vom Parteitag
- 6 gewählt. Ihre Amtszeit beträgt zwei Jahre.“
- 7 wird zugunsten folgender Formulierung geändert:
- 8 "Die Antragskommission setzt sich zusammen aus einer\*m der beiden
- 9 Landesvorsitzenden, einem vom Parteirat nominierten Parteiratsmitglied, einem
- 10 von der Grünen Jugend nominierten Mitglied und vier grünen Basisvertreter\*innen.
- 11 Die vier Basisvertreter\*innen werden vom Parteitag gewählt. Die Amtszeit aller
- 12 Mitglieder beträgt zwei Jahre."

### Begründung

Nach dem Programmprozess zur Landtagswahl haben der Landesvorstand und die Antragskommission gemeinsam den Änderungsantragsprozess evaluiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass die Antragskommission erweitert werden sollte. Angesichts stark steigender Mitgliedszahlen und einer ungebrochen hohen Motivation, Änderungsanträge in Programmprozessen zu stellen, ist die daraus entstehende Arbeit für die Antragskommission nur mit zusätzlichen Personen zu schaffen. Daher schlagen wir dem Parteitag vor, diese um zwei weitere Plätze zu erweitern.

Die Wahl der Antragskommission (AK) wirft zudem häufig Schwierigkeiten auf, was aus dem Umstand folgt, dass die AK auf demselben Parteitag gewählt wird wie der Landesvorstand und der Parteirat. Da beide Gremien ihrerseits Personen in die AK entsenden, sich jedoch erst im Nachgang des Parteitags konstituieren müssen, entsteht hier ein zeitliches Problem. Dieses Problem lösen wir, indem es künftig ausreicht, dass die beiden Gremien sowie die GJ ihre Mitglieder der AK bestimmen und die Personen nicht zusätzlich noch vom Parteitag gewählt werden müssen.

## RB1 Rechenschaftsbericht des LaVo Mai 2021 – September 2022

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 14.09.2022  
Tagesordnungspunkt: 4.1. Rechenschaftsbericht

### Antragstext

1 Der Parteitag, auf dem wir unseren letzten Rechenschaftsbericht abgegeben haben,  
2 fand im Mai 2021 in Büdelsdorf statt. Auf diesem wurde vorgezogen auch der  
3 Landesvorstand neu gewählt, um einem LaVo durchgehend die Möglichkeit zu geben,  
4 die Landtagswahl im Mai 2022 vorzubereiten und durchzuführen. Nach dem sehr  
5 guten Ergebnis von 18,3% haben wir dann auch die Sondierungen und  
6 Koalitionsverhandlungen durchgeführt. Auch in diesen Zeitraum fiel die  
7 Bundestagswahl, bei der wir deutlich zulegen konnten und sind nun mit sechs,  
8 statt vorher drei MdB im Bundestag vertreten.

9 Nun startet die neue Landesregierung richtig durch und ein neuer LaVo wird die  
10 Koalitionen in Land und Bund und die nächste Kommunalwahl begleiten. Dass wir  
11 GRÜNEN bei den letzten Wahlen so erfolgreich waren, lässt auch die Erwartungen  
12 und zum Glück auch das Vertrauen in uns wachsen. Dieser Verpflichtung waren und  
13 sind wir uns stets bewusst.

14 Durch den russischen Angriffskrieg hat sich vieles, was in unserer Gesellschaft  
15 schon vorher problematisch war, noch einmal extrem zugespitzt. Die sich  
16 verändernden Bedingungen, sei es das Erstarken der Rechten, der rauer werdende  
17 Ton in der Gesellschaft, die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich,  
18 die Klimakrise und natürlich der Krieg selbst – all das verlangt Antworten auf  
19 Fragen, denen wir uns stellen müssen.

20 Wir sind derzeit 5639 Mitglieder im Landesverband. Seit dem letzten Parteitag  
21 sind 74 Neue eingetreten. Durch die hauptsächlich außenpolitischen  
22 Entscheidungen der letzten Monate hatten wir allerdings auch 74 Austritte zu  
23 verzeichnen, sodass die Zahl der Mitglieder insgesamt stabil ist. Bei Annas und  
24 Steffens erster Wahl in den LaVo waren wir übrigens 2503 Nord-Grüne. In fünf  
25 Jahren haben wir einen Zuwachs von 125% erlebt. Insgesamt hat unser  
26 Landesverband aktuell einen Frauenanteil von ca. 45%. Das ist der weiterhin  
27 höchste im Vergleich der Landesverbände.

28 Zur Begrüßung der neuen Mitglieder fanden auch in diesem Zeitraum leider noch  
29 keine Neumitgliedertreffen im Landeshaus statt. Digitale Angebote wurden in der  
30 Vergangenheit so schlecht genutzt, dass wir sie nicht erneut angeboten haben. In  
31 diesem Wahlkampfjahr gab es aber viele Möglichkeiten sich in der  
32 Programmerstellung, dem Wahlkampf vor Ort und auch in den LAGen einzubringen.  
33 Viele Neumitglieder haben sich so direkt eingebracht.

34 In den landesweiten Programmprozess haben wir zur Landtagswahl viel Energie  
35 gesteckt und finden, dass sich dies wirklich gelohnt hat. Wir haben alle  
36 gemeinsam ein sehr detailliertes, durchdachtes und ideenreiches Wahlprogramm  
37 erstellt, das eine wirklich gute Vorlage für die Koalitionsverhandlungen mit der  
38 CDU war. Den Programmprozess hatten wir in drei Phasen aufgeteilt: Die erste  
39 Phase haben wir bereits zum letzten Rechenschaftsbericht abgeschlossen gehabt.  
40 Alle Mitglieder waren aufgerufen, sich mit ihren Gedanken, mit ihrem Satz für's  
41 Programm, an der Erstellung zu beteiligen. Auch die LAGen haben erste Bausteine

42 erarbeitet. Danach ging es in die 2. Phase, in der wir in vorbereiteten Clustern  
43 über unsere Visionen und Ziele und deren Umsetzung gesprochen haben. Dabei kam  
44 schon viel Konkretes heraus. Es gab uns aber auch die Möglichkeit über ganz neue  
45 Ansätze nachzudenken und miteinander Gedankenfäden zu spinnen. Am Ende der 3.  
46 Phase, der konkreten Arbeit der Schreibgruppe stand dann Anfang 2021 ein rundes,  
47 inhaltsstarkes und ansprechendes Programm.

48 Wie selbstverständlich fand der gesamte Prozess sehr stark im Digitalen statt.  
49 Eine Entwicklung, die wir gerade für die inhaltliche Arbeit der LAGen gern  
50 beibehalten möchten. Zumindest muss die Möglichkeit bestehen, sich zuzuschalten.  
51 Wir wissen aber auch alle um den Wert von Präsenztreffen gerade für das Wir-  
52 Gefühl und die Kreativität.

53 Auch zur Bundestagswahl gab es schon viele große Veranstaltungen mit unseren  
54 Spitzenkandidat\*innen Luise Amtsberg und Robert Habeck, unseren 10 ersten  
55 Listenkandidierenden und unzählige Haustürwahlkampfaktionen, Infostände und  
56 viele andere kreative Formate. Als Landesvorstand haben wir an vielen dieser  
57 Formate natürlich auch aktiv teilgenommen. Zur Landtagswahl wurde die Tour der  
58 Spitzenkandidatinnen allein in der Landesgeschäftsstelle organisiert und mit  
59 ihrer Hilfe durchgeführt.

60 Es gab in beiden Wahlkämpfen Auftaktveranstaltungen und eine landesweite  
61 Wahlparty.  
62 Besonders fordernd waren dann nach der Wahl die Sondierungsgespräche an denen  
63 Steffen für den LaVo teilgenommen hat und die Koalitionsverhandlungen, an denen  
64 wir alle beteiligt waren. In der Hauptverhandlungsgruppe waren von uns Mayra,  
65 Anna und Steffen. Mayra und Anna haben je auch eine Verhandlungsgruppe geleitet.

66 Die üblichen Jamaika-Runden wurden bis zum Ende der Jamaika-Koalition weiterhin  
67 wöchentlich durchgeführt. Sicher auch einer der Gründe warum diese  
68 Dreierkonstellation fünf Jahre lang gehalten hat. Mit der neuen Regierung führen  
69 wir diese Tradition der wöchentlichen Koalitionsrunden fort. Davor gab und gibt  
70 es immer eine mehrstündige grüninterne Lagebesprechung von LaVo, FraVo und  
71 Minister\*innen. Gut abgestimmt in diese Runden zu gehen, ist uns sehr wichtig.

72 Dass GRÜNE regieren ist in den letzten Jahren zur gesellschaftlichen Normalität  
73 geworden. Das bringt viele neue Herausforderungen mit sich. Eine davon ist, dass  
74 wir jetzt nicht nur mehr Kandidat\*innen für Bürgermeister\*innenwahlen oder  
75 Wahlen zu Landrät\*innen aufstellen, um die Chance zu nutzen, GRÜNE Inhalte und  
76 Personen bekannter zu machen, sondern mit dem realistischen Ziel, dass unsere  
77 Leute diese Wahlen auch gewinnen können. Aber auch das gelingt nicht aus dem  
78 Nichts, es braucht neben guten Kandidat\*innen eine strategische und langfristige  
79 Vorbereitung, es braucht Vernetzung und Schulungen, den Aufbau geeigneter  
80 Personen über einen längeren Zeitraum – schlicht: es braucht ein Konzept. Dieses  
81 liegt mittlerweile vor und konnte interessierten Orten und Kandidierenden zur  
82 Verfügung gestellt werden. Bisher waren eher Kandidaturen erfolgreich, bei denen  
83 nicht ein\*e grüne\*r Einzelkämpfer\*in aufgestellt wurde, sondern gemeinsam mit  
84 mehreren Parteien unterstützte Kandidaturen. So gratulieren wir der Landrätin  
85 des Kreises Pinneberg Elfi Heesch, der Bürgermeisterin von Bad Schwartau Katrin  
86 Engeln und hoffentlich ja morgen wieder der Bürgermeisterin von Flensburg Simone  
87 Lange.

88 Vom Bundesverband wurde auch dieses Jahr stark das Thema Vielfalt gesetzt. Wir  
89 haben auf dem letzten Parteitag ein Vorbereitungsgremium für den Vielfaltsrat



90 aufgestellt. Dieser hat erfolgreich ein Konzept aufgestellt und so können wir  
91 heute sowohl eine\*n vielfaltspolitische\*n Sprecher\*in für den neuen  
92 Landesvorstand, als auch einen schleswig-holsteinischen Vielfaltsrat wählen.

93 Neben all diesen Wahlkämpfen, Reformen, Konzepten und Strukturen wurde  
94 unser Landesvorstandsalltag natürlich auch stark vom ganz normalen politischen  
95 Geschehen bestimmt: Wir waren im Maschinenraum unseres Landesverbandes – der  
96 Landesgeschäftsstelle – präsent und wollten das Ohr nah bei unseren  
97 Mitarbeiter\*innen haben. Für die Zusammenarbeit mit den Kolleg\*innen in der  
98 Geschäftsstelle möchten wir uns auch an dieser Stelle ganz herzlich bedanken!  
99 Das riesige Engagement des Teams und der über das erwartbare Maß hinausgehende  
100 Einsatz für die GRÜNE Sache sind bemerkenswert und machen eine erfolgreiche  
101 Arbeit des Landesvorstands überhaupt erst möglich.

102 Die Suche nach neuen Räumlichkeiten für die Landesgeschäftsstelle, die den  
103 Kriterien für Barrierefreiheit und eine angenehme und der neuen Teamgröße  
104 angemessene Arbeitssituation entsprechen, ist eine weitere Aufgabe der sich nun  
105 nach der Landtagswahl wieder gewidmet werden muss.

106 Natürlich waren wir auch bei Euch in den Kreisgeschäftsstellen, den Orts- und  
107 den Kreisverbänden. Dieses Jahr leider noch oft nur digital. So war es für uns  
108 allerdings leichter LAGen zu besuchen und immer wieder auch den Kontakt mit  
109 einzelnen Mitgliedern zu pflegen. Mit der ständig erwarteten digitalen  
110 Verfügbarkeit haben wir mittlerweile gelernt umzugehen und auch mal die Grenzen  
111 unserer Arbeitszeit zu setzen. Während der Programmaufstellung und der  
112 Landtagswahl waren diese Grenzen allerdings sehr dehnbar. Hier geht unser Dank  
113 noch einmal an die Schreibgruppe und die Antragskommission, die sich mit uns die  
114 Tage und Nächte um die Ohren geschlagen haben.

115 Steffen und Anna nehmen als Sprecher\*innen-Duo regelmäßig an allen  
116 Fraktionssitzungen der Landtagsfraktion, an den wöchentlichen Sitzungen der  
117 Grünen Lage und der Jamaika-Runde teil. Gleichzeitig sind die beiden regelmäßig  
118 digital nach Berlin geschaltet oder in Präsenz dort gewesen, um sich mit dem  
119 Bundesvorstand und den Vorständen der anderen Landesverbände auszutauschen.  
120 Hinzu kommen noch etliche Unternehmensbesuche, Termine mit Verbänden, Vereinen  
121 und Initiativen sowie die Repräsentation des Landesverbands. Hier waren die  
122 Jahre 2021 und 2022 je nach Jahreszeit und Coronalage sehr unterschiedlich.  
123 Neben vieler Empfänge, bei denen wir mit Menschen ins Gespräch kamen, gab es  
124 Zoomsprechstunden, Insta-Livetreffen, Podcastteilnahmen etc.

125 Neben diesem großen Bereich beschäftigen wir uns mit tagespolitischen  
126 Angelegenheiten. Die letzte Zeit der Jamaikakoalition stand dabei sehr im  
127 Zeichen der noch andauernden Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges  
128 auf die Ukraine, sowie der damit verbundenen Energiekrise. Es spielte die  
129 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, analog und digital, eine große Rolle, die wir  
130 weiterhin für eine der wichtigsten Aufgaben des Landesvorstands halten. Die  
131 Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und unseren Minister\*innen funktioniert  
132 weiter reibungslos. Auch hierfür möchten wir uns herzlich bei allen beteiligten  
133 bedanken!

134 Die ganz große Herausforderung, die wir als Landesvorstand zu meistern hatten,  
135 ist, da wir bei den letzten Wahlen wieder sehr erfolgreich waren, eine massive  
136 Weiterentwicklung der Parteiorganisation und -struktur hin zu mehr  
137 Professionalisierung innerhalb kurzer Zeit realisieren mussten und weiterhin

138 müssen. Dafür ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Orts- und  
139 Kreisverbänden sowie dem Landesfinanzrat elementar wichtig. Als Landesvorstand  
140 war es unser Prinzip bei allen Prozessen auf Augenhöhe mit allen Beteiligten  
141 zusammenzuarbeiten und gemeinsam getragene Lösungen zu finden. Klar ist, dass  
142 dies möglicherweise nicht immer gelingt, aber es ist nach wie vor unser  
143 Anspruch.

144 Durch den Rücktritt unserer frauen- und genderpolitische Sprecherin im Herbst  
145 nach der Vorstandswahl mussten ihre Aufgaben aufgeteilt werden. So hat sich  
146 Juliane um viele dieser Fragen mitgekümmert und Anna das Frauenmentoringprogramm  
147 zu Ende geführt. Da das Mentoringprogramm zwar auf der persönlichen Ebene viel  
148 gebracht hat, aber nicht zur nächsten Wahl, der Kommunalwahl, passt, regen wir  
149 dazu an, dieses Jahr niedrigschwellige Angebote in den Kommunen und Kreisen zu  
150 gestalten, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Auch zur  
151 Gewinnung neuer Interessenten für die Kommunalparlamente sollen wieder vor Ort  
152 Veranstaltungen gemacht werden. Dazu gibt es Empfehlungen an die Ortsverbände.

153 Bei der Landtagswahl haben wir gezeigt, dass in der Regierung in Schleswig-  
154 Holstein nun schon zum dritten Mal kein Weg an uns vorbeigeht. Auch bei der  
155 kommenden Kommunalwahl wollen wir eine Führungsrolle für Schleswig-Holstein  
156 übernehmen. Die Weichen dafür stellen wir jetzt. Es gibt zahlreiche Orte im  
157 Land, in denen wir Direktmandate gewinnen und Fraktionsstärken erreichen können,  
158 wie wir sie als GRÜNE bisher nicht kennen. Auch wenn wir einen großen  
159 Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben, brauchen wir künftig enorm viele Aktive  
160 und wir müssen schon heute damit beginnen, diese zu gewinnen und sie so gut wie  
161 irgend möglich mit GRÜNER Politik vertraut machen. Getreu des alten Mottos:  
162 Global denken, lokal handeln.

163 Manche Dinge, wie unser Strukturprozess für Geschäftsstelle und Parteistrukturen  
164 gingen selbstverständlich wie geplant weiter. So hatten wir in der  
165 Landesgeschäftsstelle eine sehr klare Struktur mit einer flachen Hierarchie und  
166 einer direkten Anbindung der Mitarbeiter\*innen an den Landesvorstand. Ab dem 1.  
167 Oktober 2022 wird es mit Ullrich Kruse nun wieder einen Landesgeschäftsführer  
168 geben.

169 In der Wahlkampfzeit hatten wir sehr viel mehr Kolleg\*innen. Trotz vieler  
170 Homeofficezeiten ist ein wirklich tatkräftiges und großartiges Team entstanden.  
171 Etliche Wahlkampfmitarbeiter\*innen haben nun in den Ministerien und  
172 Abgeordnetenbüros eine neue Wirkungsstätte gefunden. Das ist eine schöne  
173 Anerkennung für die von ihnen bereits geleistete Arbeit. Die Lücken, die sie  
174 hier hinterlassen, zu füllen wird eine der ersten Aufgaben des neuen  
175 Landesvorstandes sein. Schlussendlich wird unser erster Azubi im nächsten Jahr  
176 seine Lehre beenden. Auch darüber freuen wir uns sehr.

## Rechenschaftsbericht des LaVo Mai 2021 – September 2022

Der Parteitag, auf dem wir unseren letzten Rechenschaftsbericht abgegeben haben, fand im Mai 2021 in Büdelsdorf statt. Auf diesem wurde vorgezogen auch der Landesvorstand neu gewählt, um einem LaVo durchgehend die Möglichkeit zu geben die Landtagswahl im Mai 2022 vorzubereiten und durchzuführen. Nach dem sehr guten Ergebnis von 18,3% haben wir dann auch die Sondierungen und Koalitionsverhandlungen durchgeführt. Auch in diesen Zeitraum fiel die Bundestagswahl, bei der wir deutlich zulegen konnten und sind nun mit sechs, statt vorher drei MdB im Bundestag vertreten. Nun startet die neue Landesregierung richtig durch und ein neuer LaVo wird die Koalitionen in Land und Bund und die nächste Kommunalwahl begleiten.

Dass wir GRÜNEN bei den letzten Wahlen so erfolgreich waren lässt auch die Erwartungen und zum Glück auch das Vertrauen in uns wachsen. Dieser Verpflichtung waren wir uns stets bewusst. Durch den russischen Angriffskrieg hat sich vieles was in unserer Gesellschaft schon vorher problematisch war noch einmal extrem zugespitzt. Die sich veränderten Bedingungen, sei es das Erstarken der Rechten, der rauer werdende Ton in der Gesellschaft, die klaffende Schere zwischen Arm und Reich, die Klimakrise und natürlich der Krieg selbst – all das verlangt Antworten auf Fragen, denen wir uns stellen müssen.

Wir sind derzeit 5625 Mitglieder im Landesverband. Seit dem letzten Parteitag sind 74 Neue eingetreten. Durch die hauptsächlich außenpolitischen Entscheidungen der letzten Monate hatten wir allerdings auch 74 Austritt, sodass die Zahl der Mitglieder insgesamt stabil ist.

Bei Annas und Steffens erster Wahl in den LaVo waren wir übrigens 2503 Nordgrüne, das ist in 5 Jahren ein Zuwachs von 125% gewesen.

Insgesamt hat unser Landesverband aktuell einen Frauenanteil von ca. 45%. Das ist der weiterhin höchste im Vergleich der Landesverbände.

Zur Begrüßung der neuen Mitglieder fanden auch in diesem Zeitraum leider noch nicht wieder Neumitgliedertreffen im Landeshaus statt. Digitale Angebote wurden in der Vergangenheit so schlecht genutzt, dass wir sie nicht angeboten haben. In diesem Wahlkampfjahr gab es aber viele Möglichkeiten sind in der Programmerstellung, dem Wahlkampf vor Ort und auch in den LAGen einzubringen. Viele Neumitglieder haben sich so direkt eingebracht.

In den landesweiten Programmprozess haben wir zur Landtagswahl viel Energie gesteckt und finden, dass sich diese wirklich gelohnt hat. Wir haben alle gemeinsam ein sehr detailliertes, durchdachtes und ideenreiches Wahlprogramm erstellt, das eine wirklich gute Vorlage für die Koalitionsverhandlungen mit der CDU war.

Den Programmprozess haben wir in drei Phasen aufgeteilt: Die erste Phase haben wir bereits zum Letzten Rechenschaftsbericht abgeschlossen gehabt. Alle Mitglieder waren aufgerufen, sich mit ihren Gedanken, mit ihrem Satz für's Programm, an der Erstellung zu beteiligen. Auch die LAGen haben erste Bausteine erarbeitet. Danach ging es in die 2. Phase, in der wir in vorbereiteten Clustern über unsere Visionen und Ziele und über deren Umsetzung gesprochen haben. Dabei kam schon viel Konkretes heraus. Es gab uns aber auch die Möglichkeit über ganz neue Ansätze nachzudenken und miteinander Gedankenfäden zu spinnen. Am Ende der 3. Phase, der konkreten Schreibearbeit stand dann Anfang 2021 ein rundes, inhaltsstarkes und ansprechendes Programm.

Wie selbstverständlich fand der gesamte Prozess sehr viel im Digitalen statt. Eine Entwicklung die wir gerade für die inhaltliche Arbeit der LAGen gern beibehalten möchten. Zumindest muss die Möglichkeit bestehen sich zuzuschalten. Wir wissen aber auch alle um den Wert von Präsenztreffen gerade für das Wir-Gefühl.

Im Bundestagswahlkampf haben wir uns sozusagen warmgelaufen für die Landtagswahl. Auch zur Bundestagswahl gab es schon viele große Veranstaltungen mit den Spitzenkandidat\*innen, unseren 10 ersten Listenkandidierenden und unzählige Haustürwahlkämpfe, Infostände und viele andere kreative Formate. Als Landesvorstand haben wir an vielen dieser Formate natürlich auch aktiv teilgenommen.

Zur Landtagswahl wurde die Tour der Spitzenkandidatinnen allein in der Landesgeschäftsstelle organisiert und mit ihrer Hilfe durchgeführt.

Es gab in beiden Wahlkämpfen Auftaktveranstaltungen und eine landesweite Wahlparty. Besonders fordernd waren dann nach der Wahl nochmal die Sondierungsgespräche an denen Steffen für den LaVo teilgenommen hat und die Koalitionsverhandlungen an denen wir alle beteiligt waren. In der Hauptverhandlungsgruppe waren von uns Mayra, Anna und Steffen. Mayra und Anna haben je auch eine Verhandlungsgruppe geleitet.

Die üblichen Jamaikarunden wurden bis zum Ende der Jamaikakoalition weiterhin wöchentlich durchgeführt. Sicher auch einer der Gründe warum diese Dreierkonstellation fünf Jahre lang gehalten hat. Mit der neuen Regierung führen wir diese Tradition der wöchentlichen Koalitionsrunden fort. Davor gab und gibt es immer eine mehrstündige grüninterne Lagebesprechung von LaVo, FraVo und Minister\*innen. Gut abgestimmt in diese Runden zu gehen, ist uns sehr wichtig.

Dass GRÜNE regieren ist in den letzten Jahren zur gesellschaftlichen Normalität geworden. Das bringt viele neue Herausforderungen mit sich. Eine davon ist, dass wir jetzt nicht nur mehr Kandidat\*innen für Bürgermeister\*innenwahlen oder Wahlen zu Landrät\*innen aufstellen, um die Chance zu nutzen, GRÜNE Inhalte und Personen bekannter zu machen, sondern mit dem nicht mehr unrealistischen Ziel, dass unsere Leute diese Wahlen auch gewinnen können. Aber auch das gelingt nicht aus dem Nichts, es braucht neben guten Kandidat\*innen eine strategische und langfristige Vorbereitung, es braucht Vernetzung und Schulungen, den Aufbau geeigneter Personen über einen längeren Zeitraum – schlicht: es braucht ein Konzept. Dieses liegt mittlerweile vor und konnte interessierten Orten und Kandidierenden zur Verfügung gestellt werden. Bisher waren eher Kandidaturen erfolgreich bei denen nicht ein\*e grüne\*r Einzelkämpfer\*in aufgestellt wurde, sondern gemeinsam mit mehreren Parteien unterstützte Kandidaturen. So gratulieren wir der Landrätin des Kreises Pinneberg Elfi Heesch, der Bürgermeisterin von Bad Schwartau Katrin Engeln und hoffentlich ja morgen wieder der Bürgermeisterin von Flensburg Simone Lange.

Vom Bundesverband wurde auch dieses Jahr stark das Thema Vielfalt gesetzt. Wir haben auf dem letzten Parteitag einen Vorbereitungsrat für einen Vielfaltsrat aufgestellt. Dieser hat erfolgreich ein Konzept aufgestellt und so können wir heute sowohl eine\*n vielfaltspolitische\*n Sprecher\*in für den neuen Landesvorstand, als auch einen schleswig-holsteinischen Vielfaltsrat wählen.

Neben all diesen Wahlkämpfen, Reformen, Konzepten und Strukturen wurde unser Landesvorstandsalltag natürlich auch stark vom ganz normalen politischen Geschehen bestimmt – wir waren im Maschinenraum unseres Landesverbandes - der Landesgeschäftsstelle - präsent und wollten das Ohr nah bei unseren Mitarbeiter\*innen haben. Für die Zusammenarbeit mit den Kolleg\*innen in der Geschäftsstelle möchten wir uns auch an dieser Stelle bedanken! Das riesige Engagement des Teams und der über das erwartbare Maß hinausgehende Einsatz für die GRÜNE Sache sind bemerkenswert und machen eine erfolgreiche Arbeit des Landesvorstands überhaupt erst möglich.

Die Suche nach neuen Räumlichkeiten für die Landesgeschäftsstelle, die den Kriterien für Barrierefreiheit und eine angenehme und der neuen Teamgröße angemessene Arbeitssituation entsprechen, ist eine weitere Aufgabe der sich nun nach der Landtagswahl wieder gewidmet werden muss.

Natürlich waren wir auch bei Euch in den Kreisgeschäftsstellen, den Orts- und den Kreisverbänden. Dieses Jahr leider noch oft nur digital. So war es für uns allerdings leichter LAGen zu besuchen und immer wieder auch den Kontakt mit einzelnen Mitgliedern zu pflegen. Mit der ständig erwarteten digitalen Verfügbarkeit haben wir mittlerweile gelernt umzugehen und auch mal die Grenzen unserer Arbeitszeit zu setzen. Während der Programmaufstellung für die Landtagswahl waren diese Grenzen allerdings sehr dehnbar. Hier geht unser Dank noch einmal an die Schreibgruppe und die Antragskommission, die sich mit uns die Tage und Nächte um die Ohren geschlagen haben,

Steffen und Anna nehmen als Sprecher\*innen-Duo regelmäßig an allen Fraktionssitzungen der Landtagsfraktion, an den wöchentlichen Sitzungen der Grünen Lage und der Jamaika-Runde teil. Gleichzeitig sind die beiden regelmäßig digital nach Berlin geschaltet oder in Präsenz dort gewesen, um sich mit dem Bundesvorstand und den Vorständen der anderen Landesverbände auszutauschen. Hinzu kommen noch etliche Unternehmensbesuche, Termine mit Verbänden, Vereinen und Initiativen sowie die Repräsentation des Landesverbands. Hier waren die Jahre 2021 und 2022 je nach Jahreszeit und Coronalage sehr unterschiedlich. Neben vieler Empfänge, bei denen wir mit Menschen ins Gespräch kamen, gab es Zoomsprechstunden, Insta-Livetreffen, Podcastteilnahmen etc.

Neben diesem großen Bereich beschäftigen wir uns mit tagespolitischen Angelegenheiten. Die letzte Zeit der Jamaikakoaalition stand dabei sehr im Zeichen der noch andauernden Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, sowie die damit verbundene Energiekrise. Es spielte die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, analog und digital, eine große Rolle, die wir weiterhin für eine der wichtigsten Aufgaben des Landesvorstands halten. Die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion und unseren Minister\*innen funktioniert weiter reibungslos.

Die ganz große Herausforderung, die wir als Landesvorstand zu meistern hatten, ist, da wir bei den letzten Wahlen wieder sehr erfolgreich waren, eine massive Weiterentwicklung der Parteiorganisation und -struktur hin zu mehr Professionalisierung innerhalb kurzer Zeit realisieren mussten und weiterhin müssen. Dafür ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Orts- und Kreisverbänden elementar wichtig. Als Landesvorstand war es unser Prinzip bei allen Prozessen auf Augenhöhe mit allen Beteiligten zu arbeiten und gemeinsam getragene Lösungen zu finden. Klar ist, dass dies möglicherweise nicht immer gelingt, aber es ist nach wie vor unser konsequenter Anspruch.

Durch den Rücktritt unserer frauen- und genderpolitische Sprecherin im Herbst nach der Vorstandswahl mussten ihre Aufgaben aufgeteilt werden. So hat sich Juliane um viele dieser Fragen mitgekümmert und Anna das Frauenmentoringprogramm zu Ende geführt. Da das Mentoringprogramm zwar vielen auf der persönlichen Ebene viel gebracht hat, aber nicht zur nächsten Wahl, der Kommunalwahl, passt regen wir dazu an dieses Jahr niedrigschwellige Angebote in den Kommunen und Kreisen zu machen um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Auch zur Gewinnung neuer Interessenten für die Kommunalparlamente sollen wieder vor Ort Veranstaltungen gemacht werden. Dazu gibt es Empfehlungen an die Ortsverbände.

Bei der Landtagswahl haben wir gezeigt, dass in der Regierung in Schleswig-Holstein nun schon zum dritten Mal kein Weg an uns vorbeigeht. Auch bei der kommenden Kommunalwahl wollen wir eine Führungsrolle für Schleswig-Holstein übernehmen. Die Weichen dafür stellen wir jetzt. Es gibt zahlreiche Orte im Land, in denen wir Direktmandate gewinnen und Fraktionsstärken erreichen können, wie wir sie als GRÜNE bisher nicht kennen. Auch wenn wir einen großen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben, brauchen wir künftig enorm viele Aktive und wir müssen schon heute damit beginnen, diese zu gewinnen und sie so gut wie irgend möglich mit GRÜNER Politik vertraut machen. Getreu des alten Mottos: Global denken, lokal handeln.

Manche Dinge, wie unser Strukturprozess für Geschäftsstelle und Parteistrukturen gingen selbstverständlich wie geplant weiter.

So hatten wir in der Landesgeschäftsstelle eine sehr klare Struktur mit einer flachen Hierarchie und einer direkten Anbindung der Mitarbeiter\*innen an den Landesvorstand. Ab dem 1.10.2022 wird es nun wieder einen Landesgeschäftsführer geben.

In der Wahlkampfzeit hatten wir sehr viel mehr Kolleg\*innen. Trotz vieler HomeOfficezeit ist ein wirklich schlagkräftiges Team entstanden. Etliche Wahlkampfmitarbeiter\*innen haben nun in den Ministerien und Abgeordnetenbüros eine neue Wirkungsstätte gefunden. Das ist eine schöne Anerkennung für die von ihnen bereits geleistete Arbeit. Die Lücken die hier hinterlassen werden zu füllen wird eine der ersten Aufgaben des neuen Landesvorstandes sein.

Unser erster Azubi wird im nächsten Jahr sein Lehre beenden. Auch darüber freuen wir uns sehr.

## **RPB1 Jahresabschluss 2021 und Antrag auf Entlastung des Landesvorstands**

Gremium: Rechnungsprüfer\*innen (Rainer Rübenhofer KV Ostholstein und Silke Dibern-Voß KV Steinburg)  
Beschlussdatum: 14.07.2022  
Tagesordnungspunkt: 4.2. Entlastung des Landesvorstands

### **Antragstext**

- 1 Wir beantragen die Entlastung des Landesvorstands für das Kalenderjahr 2021 und
- 2 empfehlen den Delegierten des Landesparteitages, diesem Antrag zuzustimmen.

### **Begründung**

Ausführliche Informationen entnehmen bitte dem PDF.

## Haushaltsvollzug 2021

Kontengruppe	Ist	Nachtrag	Differenz
01. Mitgl'beitragsanteile von KVen	298.810,38	300.000	- 1.189,62
02. Sonderbeiträge Bund	63.234,00	62.636	598,00
03. Sonderbeiträge Land	262.394,82	256.488	5.906,82
04. Geldspenden nat. Pers.	26.980,00	16.500	10.480,00
05. Geldspenden jur. Pers.	32.167,00	30.000	2.167,00
06. Verzichtsspenden	1.751,96	3.000	- 1.248,04
07. Erstattungseinnahmen	2.600,08	3.000	- 399,92
08. Mieteinnahmen	36.649,50	36.522	127,50
09. GF-Bund	668.507,56	666.539	1.968,56
10. GF-Land	95.090,50	95.090	0,50
11. Zusch. von KVen in SH	12.386,84	4.500	7.886,84
12. Zusch. für Buchhaltung	38.901,80	38.000	901,80
13. Sonst. Zusch. und Einnahmen	5.788,72	500	5.288,72
14. Personal in LGSt	- 456.072,85	- 468.000	11.927,15
15. Sonstige Personalkosten	- 3.944,11	- 4.500	555,89
16. Lfd. Geschäftsbetrieb	- 29.495,12	- 31.000	1.504,88
17. EDV und Bürogeräte	- 29.635,58	- 30.000	364,42
18. Abschreibungen	- 6.692,67	- 7.000	307,33
19. Wilhelminenstr. 18	- 8.796,98	- 7.000	- 1.796,98
20. Alter Markt 9	- 64.000,02	- 64.000	0,02
21. Parteitage	- 30.988,27	- 32.200	1.211,73
22. LAGen	- 582,50	- 1.000	417,50
23. BAGen	- 1.094,90	- 1.000	- 94,90
24. Bundesgremien	- 275,00	- 1.000	725,00
25. Öffentlichkeitsarbeit	- 8.492,37	- 7.200	- 1.292,37
26. LaVo-Arbeit	- 4.243,54	- 5.000	756,46
27. LaVo-Gehälter	- 127.052,14	- 130.000	2.947,86
28. Landesgremien	- 1.251,88	- 1.500	248,12
29. LaVo- & LAG-ÖA	- 8.022,15	- 12.000	3.977,85
31. Bundestagswahl	- 122.826,01	- 125.000	2.173,99
32. Landtagswahl	- 199.171,33	- 185.000	- 14.171,33
34. Mitgl'beitragsanteile an BV	- 199.207,02	- 200.000	792,98
35. Son'beitragsanteile an BV	- 46.160,82	- 45.724	- 436,82
36. Zuschüsse an BV	- 36.994,95	- 40.000	3.005,05
37. GF an KVe	- 250.000,01	- 250.000	0,01
38. Zuschüsse an KVe oder LVe	- 6.460,88	- 6.000	- 460,88
39. Zusch. für Grüne Jugend	- 12.000,00	- 12.000	-
40. GJ für Doppelmitgliedschaften	- 7.920,00	- 7.000	- 920,00
41. Projektfonds	- 675,68	- 5.000	4.324,32
	- 116.793,62	- 165.349	48.555,38



## Erläuterungen zum Jahresabschluss 2021

Das Jahr 2021 war in vielerlei Hinsicht, und zwar auch finanzieller Art, ein sehr dynamisches Jahr. Auf der Einnahmenseite gab es infolge des Mitgliederzuwachses große Einnahmensteigerungen bei den Beitragsanteilen (Pos. 1) und Zuschüssen für die in der LGSt durchgeführte Buchhaltung der KVe (Pos. 11). Diese bemessen sich bei der Finanzbuchhaltung nach den Mitgliederzahlen und bei der Personalbuchhaltung nach der Zahl der Abrechnungsfälle. Zu einer Steigerung der Einnahmen trugen auch eine Erhöhung der staatlichen Grundfinanzierung des Bundes (Pos. 9) und ein Zuschuss des Bundesverbandes für die Küstentour im Bundestagswahlkampf in Höhe von 4.000,- € bei (unter Pos. 13).

Auch auf der Ausgabenseite gab es viele Steigerungen, zunächst für die Beitragsanteile (Pos. 34). An den Bundesverband führt der Landesverband SH 2/3 von dem ab, was er an Beitragsanteilen von den Kreisverbänden erhält. Zudem wurde noch nie so intensiv ein Bundestagswahlkampf wie im Jahr 2021 geführt und ein Landtagswahlkampf vorbereitet. Das schlägt sich vor allem in den Kostenpositionen 31 (BuWk) und 32 (LaWk) nieder, aber auch bei den Personalausgaben (Pos. 14), den Kosten für die Parteitage (Pos. 21) und der Unterstützung für die Grüne Jugend (Pos. 39). Der allgemeinen Entwicklung folgend und verstärkt durch die Corona-Pandemie stiegen die Kosten für die Informationstechnik, dargestellt unter Pos. 17 (EDV und Bürogeräte) und 36 (Zuschüsse an BV). Die Ausgabensteigerung bei Pos. 36 resultiert vor allem aus unserem Kostenbeitrag in Höhe von gut 19.000,- € für die gemeinsame IT-Genossenschaft des Bundesverbandes und der Landesverbände.

Dass es im Jahr 2021 unter dem Strich einen Überschuss der Ausgaben über die Einnahmen im unteren 6-stelligen Bereich gab, war geplant. Das muss durch Einnahmenüberschüsse in Jahren mit weniger Wahlkampfaktivitäten wieder aufgefangen werden und ist in der Finanzplanung auch so berücksichtigt.

## Bilanz des Grünen Landesverbandes SH zum 31.Dez. 2020

Besitzposten		Schuldposten	
Immobilie für alte LGSt	171.000,00	Rückst. Wirtschaftsprüfung	6.000,00
Mobilien	3.712,24	Rückst. Berufsgenossenschaft	1.600,00
Geräte einschl. Telefone	7.029,32	Rückst. Überstunden	2.574,00
Festgeld beim BV	667.618,05	Verb. KV Dithmarschen	65.594,50
Ford. BV lfd. Geschäft	39.998,32	Verb. KV Flensburg	15.154,91
Tagesgeld-Konten	165.400,18	Verb. KV Kiel	97.265,76
Girokonten	19.076,25	Verb. KV Lauenburg	59.916,63
Mietkaution Alter Markt 9	8.800,00	Verb. KV Lübeck	1.408,86
Anteil StattAuto eG	1.000,00	Verb. KV Neumünster	24.481,13
Sonstige Forderungen	13.081,76	Verb. KV Nordfriesland	102.632,79
		Verb. KV Ostholstein	88.423,76
		Verb. KV Pinneberg	71.499,81
		Verb. KV Plön	30.588,02
		Verb. KV Rendsburg	45.052,43
		Verb. KV Schleswig	24.607,41
		Verb. KV Segeberg	6.047,85
		Verb. KV Steinburg	46.576,16
		Verb. KV Stormarn	36.897,94
		Verb. bei GJ LV SH	5.485,41
		Verb. beim BV	17.043,98
		Verb. aus Kostenerstatt.	0,00
		Verb. bei Fraktionen	4.479,01
		Verb. aus Personalabrechn.	4.587,86
		Verb. aus Rechnungen	15.801,69
		<b>Reinvermögen</b>	<b>322.996,21</b>
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b><u>1.096.716,12</u></b>	<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b><u>1.096.716,12</u></b>

BV steht für Bundesverband, KV für Kreisverband, "Ford." für Forderungen und "Verb." für Verbindlichkeiten.

Die Aktivseite einer Bilanz gibt Auskunft über die Kapitalverwendung, zeigt also auf, wie das Vermögen angelegt ist und wo es umläuft. Die Summe stellt das Gesamtvermögen dar.

Die Passivseite einer Bilanz gibt Auskunft über die Kapitalherkunft. Dazu gehören Verbindlichkeiten aller Art etwa aus Krediten und noch nicht bezahlten Rechnungen. Für Verbindlichkeiten, deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss ist, werden Rückstellungen gebildet.

Das Reinvermögen errechnet sich als die Differenz aus dem Gesamtvermögen und den Schuldspositionen.

## Bilanz des Grünen Landesverbandes SH zum 31.Dez. 2021

Besitzposten		Schuldposten	
Immobilie für alte LGSt	171.000,00	Rückst. Wirtschaftsprüfung	6.000,00
Mobiliar	3.323,94	Rückst. Berufsgenossenschaft	0,00
Geräte einschl. Telefone	11.290,45	Rückst. Überstunden	23.217,19
Festgeld beim BV	668.393,28	Verb. KV Dithmarschen	66.844,86
Ford. BV lfd. Geschäft	67.184,03	Verb. KV Flensburg	24.345,18
Tagesgeld-Konten	79.123,07	Verb. KV Kiel	85.624,12
Girokonten	10.912,52	Verb. KV Lauenburg	48.338,52
Mietkaution Alter Markt 9	8.800,00	Verb. KV Lübeck	12.453,98
Anteil StattAuto eG	1.000,00	Verb. KV Neumünster	6.104,90
Ford. an Krankenkassen	146,33	Verb. KV Nordfriesland	57.989,40
Sonstige Forderungen	2.136,54	Verb. KV Ostholstein	79.908,60
		Verb. KV Pinneberg	78.175,37
		Verb. KV Plön	20.273,77
		Verb. KV Rendsburg	29.754,27
		Verb. KV Schleswig	19.547,29
		Verb. KV Segeberg	4.644,67
		Verb. KV Steinburg	48.781,89
		Verb. KV Stormarn	34.877,52
		Verb. bei GJ LV SH	19.997,86
		Verb. beim BV	40.476,68
		Verb. aus Kostenerstatt.	1.519,95
		Verb. aus Umsatzsteuer	709,92
		Verb. aus Personalabrechn.	7.498,85
		Verb. aus Rechnungen	100.022,78
		Reinvermögen	206.202,59
<b>Bilanzsumme Aktiva</b>	<b><u>1.023.310,16</u></b>	<b>Bilanzsumme Passiva</b>	<b><u>1.023.310,16</u></b>

Beim Mobiliar ist es nur zu Abschreibungen auf Anschaffungen der Vorjahre gekommen.

Bei den Geräten hat es 6 neu angeschaffte Rechner gegeben.

Die Änderung bei der Festgeldanlage beim BV resultiert einzig auf dem Zinszuschuss.

Hohe Entnahmen erfolgten im 1.Halbjahr 2022 für den Landtagswahlkampf.

Rückstellungen für die Berufsgenossenschaft müssen aufgrund einer Änderung der Beitragsberechnung nicht mehr gebildet werden.

Die Überstunden sind im Sommer 2022 größtenteils abgebummelt und teilweise ausgezahlt worden.

Der Betrag, um den sich das Reinvermögen verringert hat, entspricht der Differenz aus der Summe der Aufgabe und der Summe der Einnahmen.

BERICHT ZUR RECHNUNGSPRÜFUNG  
BEIM LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN  
MIT ANTRAG AUF ENTLASTUNG

**Rechnungsprüfungsbericht für das Jahr 2021**

**Prüfteam:**

Rainer Rübenhofer und Silke Dibbern-Voß

**Prüftermine:**

12. Mai 2022 11.00 Uhr - 15.00 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Alter Markt 9, 24103 Kiel

14. Juli 2022 10.00 Uhr - 11.30 Uhr, per Zoom-Konferenz

Da beim ersten Prüftermin noch Rückstellungen im Personalbereich einzubuchen waren, fand ein Folgetermin im Rahmen einer Zoom-Konferenz statt.

Die Buchführungsunterlagen bzw. Konten wurden uns in ausgedruckter Form übersichtlich gegliedert vorgelegt. Bei beiden Terminen stand der Finanzreferent Henning von Schöning zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung. Alle Konten hinreichend erläutert werden. Es gab keine Beanstandungen.

**Prüfung am 12. Mai 2022**

Es wurden folgende Belege und Konten unseres Landesverbandes im Rahmen von Stichproben geprüft:

1611 Girokonto Sparkasse  
1612 Tagesgeldkonto Sparkasse  
1621 Girokonto GLS  
1622 Tagesgeldkonto GLS  
1623 Fundraisingkonto GLS  
2209 Verbindlichkeiten KV Pinneberg  
2807 Verbindlichkeiten bei Externen  
8203 Spenden von natürlichen Personen  
8303 Spenden von Unternehmen  
8840 Weiterleitung Spenden von juristischen Personen (Zuschuss von Gliederungen)  
8461 Vermietung alte Landesgeschäftsstelle  
8761 Kostenerstattungen von Ministern  
8883 Umlagen für politische Arbeit  
4405 Porto Bundestagswahlkampf  
4876 Verrechnungszuschüsse an BV für IT-Genossenschaft  
4326 Frauen Mentoring  
4136 Zusatzleistungen Bundestagswahlkampfmitarbeiter/innen  
4216 Datenschutzbeauftragter  
4106 Zusatzleistungen, Resturlaub und Überstunden Landesgeschäftsstelle

**Bemerkungen:**

Das Konto 4405 Porto Bundestagswahlkampf weist einen sehr hohen Betrag aus, weil hier auch Anzeigenkosten wegen verspäteter Rechnungen für Zeitungsanzeigen im Rahmen des

Bundestagswahlkampfes eingebucht wurden. Der Grund dafür ist, dass ein entsprechendes Konto im Jahr 2022 für 2021 nicht mehr rückwirkend neu eingerichtet werden konnte. Unsere Empfehlung: Ein Konto „Sonstiges“ auch für den Bereich Wahlkämpfe einzurichten.

Das Konto 4106 Zusatzleistungen, Resturlaub und Überstunden Landesgeschäftsstelle war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bebucht.

### **Prüfung am 14. Juli 2022**

4106 Zusatzleistungen, Resturlaub und Überstunden Landesgeschäftsstelle

Nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Buchhaltung ist Wahrheit und Klarheit herzustellen. Deshalb wurde auch der Geldwert für die im Jahr 2021 geleisteten Überstunden im Jahresabschluss 2021 auf dem Konto 4106 „Zusatzleistungen, Resturlaub und Überstunden Landesgeschäftsstelle“ bzw. auf dem Gegenkonto Rückstellungen in Höhe von 23.217,19 Euro eingebucht. Die Details zu diesem Betrag wurden uns im Rahmen einer Zoom-Konferenz am 14. Juli 2022 in einer ausführlichen und gut nachvollziehbaren Übersicht durch unseren Finanzreferenten Henning von Schöning erläutert.

Erfreulicherweise musste der o.g. Betrag im Folgejahr 2022 nicht in voller Höhe ausgezahlt werden, da die meisten Mitarbeiter\*innen im Rahmen von Zeitausgleich ihre Überstunden in der ersten Jahreshälfte abbauen konnten. Im Bereich Wahlkampfmanagement gelang dieses allerdings nicht, da es erhebliche Personalausfälle durch coronabedingte Erkrankungen sowie durch das vorzeitige Ausscheiden einer Mitarbeiterin gab.

Wir danken unserer Landesschatzmeisterin Rebecca Bräutigam, unserem Finanzreferenten Henning von Schöning sowie allen Mitarbeiter\*innen der Landesgeschäftsstelle, die zur sachgerechten Abwicklung der Finanzen beigetragen haben.

## **Antrag auf Entlastung**

### **Beschlussempfehlung**

Wir beantragen die Entlastung des Landesvorstands für das Kalenderjahr 2021 und empfehlen den Delegierten des Landesparteitages, diesem Antrag zuzustimmen.

Silke Dibbern-Voß (Rechnungsprüferin) und Rainer Rübenhofer (Rechnungsprüfer)

## H1 Nachtragshaushalt 2022

Gremium: Landesvorstand und Landesfinanzrat  
Beschlussdatum: 03.09.2022  
Tagesordnungspunkt: 4.3. Nachtragshaushalt 2022

### Antragstext

- 1 Der Landesparteitag möge den angefügten Nachtragshaushalt 2022 beschließen.

Haushaltsstellen	Ist 2021	Plan 2022	Nachtrag 2022	Differenz
Wahlen	BuWk	LTW	LTW	
01. Beitragsanteile	298.810	330.000	363.000	33.000
02. Sonderbeiträge MdB	63.234	111.284	100.890	-10.394
03. Sonderbeiträge Land	262.395	283.130	301.142	18.012
04. Geldspenden nat. Pers.	26.980	85.000	100.000	15.000
05. Geldspenden jur. Pers.	32.167	61.000	22.500	-38.500
06. Verzichtsspenden	1.752	6.000	2.000	-4.000
07. Erstattungseinnahmen	2.600	3.000	4.000	1.000
08. Mieteinnahmen	36.650	36.522	37.500	978
09. GF-Bund	668.508	714.304	707.891	-6.413
10. GF-Land	95.091	114.108	127.079	12.971
11. Zusch. von KVen in SH	12.387	4.500	12.000	7.500
12. Zusch. für Buchhaltung	38.902	38.000	46.704	8.704
13. Sonst. Zusch. und Einnahmen	5.789	55.000	58.000	3.000
Summe Einnahmen	1.545.265	1.841.848	1.882.706	40.858
14. Personal in LGSt	456.073	480.000	385.000	-95.000
15. Sonstige Personalkosten	3.944	4.500	4.500	0
16. Lfd. Geschäftsbetrieb	29.495	31.000	24.000	-7.000
17. EDV und Bürogeräte	29.636	30.000	40.000	10.000
18. Abschreibungen	6.693	7.000	7.000	0
19. Wilhelminenstr. 18	8.797	7.000	17.000	10.000
20. Alter Markt 9	64.000	85.000	80.000	-5.000
21. Parteitage	30.988	36.200	55.000	18.800
22. LAGen	583	1.500	750	-750
23. BAGen	1.095	3.000	3.000	0
24. Bundesgremien	275	2.000	1.000	-1.000
25. Öffentlichkeitsarbeit	8.492	7.200	7.200	0
26. LaVo-Arbeit	4.244	10.000	5.000	-5.000
27. LaVo-Gehälter	127.052	140.000	130.000	-10.000
28. Landesgremien	1.252	3.000	500	-2.500
29. LaVo-Aktionen	8.022	12.000	8.000	-4.000
30. Europawahl	0	0	0	0
31. Bundestagswahl	122.826	0	0	0
32. Landtagswahl	199.171	500.000	630.000	130.000
33. Kommunalwahl	0	20.000	20.000	0
34. Mitgl'beitragsanteile an BV	199.207	220.000	242.000	22.000
35. Son'beitragsanteile an BV	46.161	81.237	73.650	-7.587
36. Zuschüsse an BV	36.995	40.000	40.000	0
37. Staatl. Grundfin. (GF) an KVe	250.000	276.185	276.185	0
38. Sonst. Zusch. an KVe oder LVe	6.461	2.400	2.400	0
39. Zuschüsse für Grüne Jugend	12.000	12.000	12.000	0
40. Zuschüsse für Doppelmitglied.	7.920	7.000	9.000	2.000
41. Projektfonds	676	10.000	10.000	0
Summe Ausgaben	1.662.058	2.028.222	2.083.185	54.963
Einnahmenüberschuss	-116.793	-186.374	-200.479	-14.105
Reinvermögen 31. Dez.	206.203	-28.727	5.724	34.451

## **Anmerkungen zum Nachtragshaushalt 2022**

Die Anmerkungen beziehen sich auf die grau hervorgehobenen Zellen

### 01. Beitragsanteile:

Die Anzahl der Mitglieder bleibt stabil, so dass wir aktuell mit 5.600 Mitgliedern kalkulieren. Allerdings hat sich der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag erhöht. Äquivalent dazu sind auch die Beitragsanteile, den die Landesverbände und die Kreisverbände pro Mitglied zahlen, gestiegen. Die Kreisverbände zahlen derzeit 5,385 Euro pro Mitglied an den Landesverband.

### 03. Sonderbeiträge Land:

Durch die erfolgreiche Landtagswahl erhalten wir nun Sonderbeiträge von 14 MdL, 3 Minister\*innen und 6 Staatssekretär\*innen.

### 04. Geldspenden natürliche Personen:

Durch eine Telefonspendenaktion des Bundesverbandes und das Spendentool auf unserer Webseiten konnten wir gut Spenden generieren. Außerdem gab es vermehrt größere Spenden von Einzelpersonen.

### 05. Geldspenden juristische Personen:

Unternehmen haben sich mit Spenden zurückhaltend gezeigt. Mögliche Gründe sind der Beginn des Kriegs in der Ukraine und die daraus resultierende unsichere wirtschaftliche Lage.

### 10. Grundfinanzierung Land:

Das gute Wahlergebnis sorgt für einen deutlichen Anstieg der staatlichen Grundfinanzierung. Pro Wähler\*innenstimme erhalten Parteien 0,50 Euro. Wir konnten 254.158 Stimmen auf uns vereinen.

### 12. Zuschuss für Buchhaltung:

Der Mitgliederzuwachs und die Übernahme der Buchhaltung des Kreisverbandes SL/FL führt zu höheren Einnahmen für den Buchhaltungsservice des Landesverbandes.

### 14. Personal in LGSt:

Im Sommer wechselten einige Mitarbeiter\*innen des Landesverbandes in Ministerien, sodass es vor allem in der Öffentlichkeitsarbeit unbesetzte Stellen gibt.

### 17. EDV und Bürogeräte

Anfang des Jahres haben wir mit mehreren Anschaffungen unsere IT-Sicherheit erhöht. Außerdem wurden Arbeitsgeräte für Wahlkampfmitarbeiter\*innen angeschafft.

### 19. Wilhelminenstraße 18:

Die ehemalige Geschäftsstelle des Landesverbandes bekommt einen neuen Mieter. Es werden daher einige Reparaturen und Renovierungen vorgenommen.

### 21. Parteitage:

Wir haben in diesem Jahr insgesamt fünf Parteitage in unterschiedlichen Varianten (Präsenz, hybrid, eintägig, mehrtägig) organisiert. Kurzfristige Anpassungen haben zu Mehrkosten geführt.

### 27. LaVo-Gehälter:

Der LaFiRat hat eine Erhöhung der Vergütung für die Landesvorsitzenden beschlossen, die ab Oktober 2022 umgesetzt wird. Gleichzeitig verringert sich die Vergütung des\*der Landesschatzmeister\*in, da die Übernahme geschäftsführender Aufgaben wegfällt.

### 32. Landtagswahl:

Für diesen Wahlkampf um Platz eins haben wir unsere Planung laufend angepasst. Wir haben kurzfristig mehr Personal eingestellt, Überstunden ausgezahlt, kostenintensive Veranstaltungen mit Bundespolitiker\*innen durchgeführt, Druckprodukte angepasst etc..

### 34. Mitgliedsbeitragsanteile an BV:

Höhere Beitragsanteile der Mitglieder (Position 1) führen entsprechend zu einer höheren Abgabe an den Bundesverband. Der Bundesverband bekommt 3,59 Euro pro Mitglied vom Landesverband.



## H2 Haushalt 2023

Gremium: Landesvorstand und Landesfinanzrat  
Beschlussdatum: 03.09.2022  
Tagesordnungspunkt: 4.4. Haushalt 2023

### Antragstext

- 1 Der Landesparteitag möge den angefügten Haushalt 2023 beschließen.

Haushaltsstellen	Ist 2021	Plan 2022	Nachtrag 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027
Wahlen	BuWk	LaWk	LTW	KoWk	EuWk	BuWk		LaWk
01. Beitragsanteile	298.810	330.000	363.000	363.000	363.000	363.000	363.000	363.000
02. Sonderbeiträge MdB	63.234	111.284	100.890	100.890	100.890	100.890	100.890	100.890
03. Sonderbeiträge Land	262.395	283.130	301.142	376.620	376.620	376.620	376.620	376.620
04. Geldspenden nat. Pers.	26.980	85.000	100.000	10.000	15.000	50.000	16.500	100.000
05. Geldspenden jur. Pers.	32.167	61.000	22.500	4.000	7.000	10.000	10.000	22.500
06. Verzichtsspenden	1.752	6.000	2.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
07. Erstattungseinnahmen	2.600	3.000	4.000	5.000	3.000	3.000	3.000	5.000
08. Mieteinnahmen	36.650	36.522	37.500	36.522	36.522	36.522	36.522	36.522
09. GF-Bund	668.508	714.304	707.891	707.891	707.891	707.891	707.891	707.891
10. GF-Land	95.091	114.108	127.079	127.079	127.079	127.079	127.079	127.079
11. Zusch. von KVen in SH	12.387	4.500	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000
12. Zusch. für Buchhaltung	38.902	38.000	46.704	46.704	46.704	46.704	46.704	46.704
13. Sonst. Zusch. und Einnahmen	5.789	55.000	58.000	500	500	500	500	25.000
Summe Einnahmen	1.545.265	1.841.848	1.882.706	1.793.206	1.799.206	1.837.206	1.803.706	1.926.206
14. Personal in LGSt	456.073	480.000	385.000	490.500	490.500	490.500	490.500	490.500
15. Sonstige Personalkosten	3.944	4.500	4.500	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
16. Lfd. Geschäftsbetrieb	29.495	31.000	24.000	31.000	31.000	31.000	31.000	31.000
17. EDV und Bürogeräte	29.636	30.000	40.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
18. Abschreibungen	6.693	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
19. Wilhelminenstr. 18	8.797	7.000	17.000	10.000	8.000	8.000	8.000	8.000
20. Alter Markt 9/LGSt	64.000	85.000	80.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
21. Parteitage	30.988	36.200	55.000	25.000	25.000	25.000	25.000	52.000
22. LAGen	583	1.500	750	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
23. BAGen	1.095	3.000	3.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000
24. Bundesgremien	275	2.000	1.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
25. Öffentlichkeitsarbeit	8.492	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200	7.200
26. LaVo-Arbeit	4.244	10.000	5.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
27. LaVo-Gehälter	127.052	140.000	130.000	154.000	154.000	154.000	154.000	154.000
28. Landesgremien	1.252	3.000	500	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
29. LaVo-Aktionen	8.022	12.000	8.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
30. Europawahl	0	0	0	0	62.500	0	0	0
31. Bundestagswahl	122.826	0	0	0	0	150.000	0	0
32. Landtagswahl	199.171	500.000	630.000	0	0	0	200.000	750.000
33. Kommunalwahl	0	20.000	20.000	150.000	0	0	0	0
34. Mitgl'beitragsanteile an BV	199.207	220.000	242.000	242.000	242.000	242.000	242.000	242.000
35. Son'beitragsanteile an BV	46.161	81.237	73.650	73.650	73.650	73.650	73.650	73.650
36. Zuschüsse an BV	36.995	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
37. Staatl. Grundfin. (GF) an KVe	250.000	276.185	276.185	304.764	304.764	304.764	304.764	304.764
38. Sonst. Zusch. an KVe oder LVe	6.461	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400	2.400
39. Zuschüsse für Grüne Jugend	12.000	12.000	12.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
40. Zuschüsse für Doppelmitglied.	7.920	7.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000
41. Projektfonds	676	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
Summe Ausgaben	1.662.058	2.028.222	2.083.185	1.752.014	1.662.514	1.750.014	1.800.014	2.377.014
Einnahmenüberschuss	-116.793	-186.374	-200.479	41.192	136.692	87.192	3.692	-450.808
Reinvermögen 31. Dez.	206.203	-28.727	5.724	46.916	183.608	270.800	274.492	-176.316

## **Anmerkungen zum Haushalt 2023**

Die Anmerkungen beziehen sich auf die grau hervorgehobenen Zellen

### **03. Sonderbeiträge Land:**

Durch die erfolgreiche Landtagswahl erhalten wir nun Sonderbeiträge von 14 MdL, 3 Minister\*innen und 6 Staatssekretär\*innen.

### **04. Geldspenden natürliche Personen und 05. Spenden juristische Personen:**

Im Jahr der Kommunalwahl rechnen wir damit, dass Spenden vermehrt direkt an die Kreisverbände gehen. Außerdem gehen wir aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage sowohl bei Privatpersonen als auch bei Unternehmen von einem geringeren Spendenaufkommen aus.

### **14. Personal in LGSt:**

Wir gehen davon aus, dass der kommende Landesvorstand die offenen Stellen in der Öffentlichkeit neu besetzen wird und haben hierfür entsprechenden Puffer bei den Personalkosten einkalkuliert. Darüber hinaus wurde zum 01. Oktober ein neuer Landesgeschäftsführer eingestellt.

### **15. Sonstige Personalkosten:**

Eingeplant ist hier Budget für Teambuilding-Maßnahmen oder Fortbildungen.

### **20. Alter Markt 9/LGSt:**

Eingeplant ist ein Puffer für steigende Energiekosten sowie eine gestiegene Miete. Der Umzug in eine neue, barrierefreie Landesgeschäftsstelle könnte ebenso höhere Kosten erzeugen.

### **21. Parteitage:**

Da in 2023 keine Listenparteitage oder ähnliches anstehen, kalkulieren wir mit zwei ordentlichen Parteitagen.

### **27. LaVo-Gehälter:**

Der LaFiRat hat eine Erhöhung der Vergütung für die Landesvorsitzenden beschlossen, die ab Oktober 2022 umgesetzt wurde. Die Vergütung für den\*die Landesschatzmeister\*in wird ab Oktober auf 520 Euro angepasst. Darüber hinaus besteht der Landesvorstand ab September 2022 aus insgesamt sieben Personen.

### **37. Staatliche Grundfinanzierung an Kreisverbände:**

Die im Landesfinanzrat beschlossene Deckelung der Ausschüttung der Grundfinanzierung an die Kreisverbände entfällt, sodass wieder der volle Betrag ausgekehrt wird.

### **39. Zuschüsse für Grüne Jugend:**

Ähnlich wie die Kreisverbände sieht sich auch unsere Grüne Jugend den Herausforderungen steigender Mitgliedszahlen gegenüber. Der Verband möchte die Professionalisierung vorantreiben und die Arbeitszeit der organisatorischen Geschäftsführung erhöhen. Außerdem müssen künftig für die Landesmitgliederversammlungen größere Räume angemietet werden.

## DIÄ1 Zusammensetzung Diätenkommission

Antragsteller\*in: Landesgeschäftsstelle  
Tagesordnungspunkt: 5.8. Mitglieder der Diätenkommission

### Antragstext

- 1 Gemäß § 3 der Sonderbeitragssatzung sind für die Diätenkommission folgende  
2 Personen vorgeschlagen:
- 3 • Aus der Landtagsfraktion: Uta Röpcke (KV Lauenburg), Ersatz: Lasse  
4 Petersdotter (KV Kiel)
  - 5 • Aus dem Landesfinanzrat: Rainer RÜbenhofer (KV Ostholstein), Ersatz:  
6 Markus Worm (KV Lauenburg)
  - 7 • Aus dem Landesvorstand: Der\*die neu gewählte Landesschatzmeister\*in
  - 8 • Beratend aus der LAG Frauen: Susanne Hilbrecht (KV Dithmarschen) Ersatz:  
9 N.N.

### Begründung

#### § 3 Diätenkommission

Der Parteitag (oder vertretend auch der Kleine Parteitag) wählt eine Diätenkommission, deren Amtszeit zwei Jahre beträgt; eine Wiederwahl ist möglich. Die Kommission besteht aus einem Mitglied der Landtagsfraktion, einem Mitglied des Landesfinanzrates und - für den Landesvorstand - der Landesschatzmeister\*in. Zusätzlich wird der Kommission ein beratendes Mitglied ohne Stimmrecht beigeordnet, das von der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen zu benennen ist. Es werden für die Landtagsfraktion, den Landesfinanzrat und die LAG Frauen auch Stellvertreter\*innen gewählt. Die Stellvertretung der Landesschatzmeister\*in erfolgt durch ein anderes Mitglied des Landesvorstandes nach dessen Geschäftsordnung. Diese Stellvertretungsregelungen greifen sowohl im Verhinderungsfall als auch bei der persönlichen Betroffenheit einer Person.

### Unterstützer\*innen

Gazi Freitag (KV Kiel)